



SCHWERPUNKTTHEMA

Die Pandemie und der Glaube
Wie irrationales Verhalten Leben gefährdet



Inhalt

Editorial

Christoph Lammers
Homo homini lupus 1

Neulich ...

... im Land der Weihwasserspender .. 38

Netzreport 26

Buchbesprechung

Daniela Wakonigg: Freddy, das
Glücksschwein 46

Buchbesprechung

Stefan Busch: Rituale im Übergang .. 47

Internationale Rundschau 48

LeserINNENbriefe 63

Impressum 65

Schwerpunktthema:

Die Pandemie und der Glaube

Frank Welker

Das Virus und der Glaube

Wie Religiosität eine Pandemie begünstigt hat 4

Bernd Harder

Das Virus der Verschwörungstheorie 10

Daniela Wakonigg

Wenn wir nichts ändern, wird es ungemütlich 14

Staat und Kirche

Gunnar Schedel
Mehr Militärseelsorge 21

Jacqueline Neumann
Bundesregierung und Islamverbands-
chef: Wir Sind (Scharia) Rechtsstaat
Sieben Verfassungsfragen als
Erinnerungskärtchen 24

Serie: Aufklärung

Dieter Fauth
Zur Verwissenschaftlichung
von Judenfeindschaft durch
die Aufklärung 28

Prisma

Christoph Kopke
Zwischen Faszination und Feindbild
Zur Sichtweise auf „den Islam“ in der
„Neuen Rechten“ 33

Sabine Lippert
Moctezuma II. - Gedenken
zum 500. Todestag 39

Gerhard Ramm
Rheinischer Merkur und Altöttinger
Liebfrauenbote
Kronzeugen für den Untergang des
traditionellen Katholizismus 42

„Wie nur wenige hat Hans Albert
die Philosophie des 20. Jahrhunderts
geprägt“
Gespräch über das neu gegründete
Hans-Albert-Institut 44

Homo homini lupus



Die Infektionskrankheit COVID-19 hat die Gesellschaft und das Zusammenleben der Menschen nachhaltig verändert – und das sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene. Kein Bereich unseres Lebens ist davon ausgenommen. Wirtschaft, Politik, Kultur sind ebenso von den Auswirkungen betroffen wie die Bereiche Bildung und Care-Arbeit.

Dass es in der Gesellschaft brodelte, ist nicht zuletzt durch die mit dem Shutdown einhergehenden harten Einschnitte und politischen Maßnahmen offensichtlich geworden. Insofern ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Pandemie Konflikte hochspült, die bislang überdeckt wurden, jetzt aber zutage treten.

Die Gesellschaft sieht sich aktuell mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Ob zum Guten oder, wie

man derzeit befürchten muss, eher zum Schlechten, wird sich zeigen müssen. Fest steht, dass es gerade aus humanistischer, rationaler Perspektive dringend geboten ist, sich in die laufenden Debatten einzumischen und bezüglich der sich abzeichnenden Entwicklungen Position zu beziehen.

Da ist zum einen die Religion als Superspreader der Pandemie und die massive Zunahme an Verschwörungstheorien. Damit geht zum zweiten die wachsende Skepsis gegenüber der (Natur-)Wissenschaft und eine offen zutage tretende Wissenschaftsfeindlichkeit einher. Begleitet werden diese beiden Phänomene zum dritten von dem Erstarken autoritärer (antidemokratischer, antifeministischer, antisemitischer und national-konservativer) Strömungen auf der ganzen Welt, die sich diese Entwicklungen zu eigen machen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Religiotie dieser Welt. Dass sich die Religion als Brandbeschleuniger erwiesen hat, bestätigt sich seit Wochen und Monaten immer wieder. Diese, sich zu regionalen und überregionalen Superspreadern entwickelnden Versammlungen, waren im Hinblick auf die Eindämmung und Bekämpfung des Virus fatal. Dennoch wurde in Deutschland frühzeitig die Diskussion angestoßen, die Gottesdienste wieder zuzulassen, seien diese doch „systemrelevant“ (Thomas Sternberg, ZdK).¹ Wohlgermerkt, nicht Kitas, Schulen oder Pflegeeinrichtungen

standen im Blickpunkt – der Schutz von Kindern und Frauen vor häuslicher Gewalt ganz zu schweigen – sondern Religionsgemeinschaften und das Ermöglichen religiöser Veranstaltungen. Ein Armutszeugnis ohne Frage.

Diese nicht enden wollende Verquickung von Politik und Religion, auf die Frank Welker in seinem Beitrag näher eingeht, stellt nur ein Problem dieser Krise dar. Ein anderes Problem sind die vielen Verschwörungstheorien rund um COVID-19. Bill Gates, Rothschild, 5G, Impf-Diktatur sind nur einige wenige Stichworte, die in diesem Zusammenhang immer wieder fallen und die in dem Beitrag von Bernd Harder näher beleuchtet werden. Für Verschwörungstheoretiker_innen ist das Virus und die Pandemie eine einmalige Gelegenheit, ihre kruden Weltdeutungen unter das verunsicherte Volk zu bringen.

Auch die Wissenschaft, allen voran die Vertreter_innen der Medizin, bekamen nach und nach die Wut vieler Bürger_innen zu spüren. Während zu Beginn der Krise Mediziner_innen wie der Virologe Christian Drosten omnipräsent und gefragt waren, wurde ihnen im Laufe der Zeit vorgeworfen, politische Entscheidungen zu ihren Gunsten herbeizuführen und von den Maßnahmen (finanziell) zu profitieren. Zudem wurde Kritik an der Tragfähigkeit ihrer Aussagen laut, was zur Verunsicherung in der Öffentlichkeit führte.

Den Politiker_innen kam die Verschiebung der Kritik, weg von der Politik hin zur Wissenschaft, mehr als gelegen. Überlagerten diese Diskussionen das eigene politische Versagen, das weit vor der Pandemie lag – Stichwort Gesundheitsversorgung und Prävention. Mit Drosten und Kol-

leg_innen hatte man die perfekten Sündenböcke gefunden.

Und die Kritik an der Tragfähigkeit wissenschaftlicher Studien läuft deshalb ins Leere, weil die Wissenschaft, im Gegensatz zur Religion, keine endgültigen Aussagen trifft. Das macht den Umgang mit der Pandemie keinesfalls einfacher, dessen bin ich mir bewusst. Aber die Kritik an der Wissenschaft bestärkt Verschwörungstheoretiker_innen in ihren Annahmen und ermöglicht es Autokraten, ihre politische Agenda durchzusetzen und das gesellschaftliche Klima zu vergiften.

Damit kommen wir zum letzten der drei angesprochenen Punkte, dem Wachsen autoritärer Strukturen in Krisenzeiten. Ob nun Bolsonaro, Erdogan, Putin oder Trump. Profiteure dieser Krise sind die Autokraten der Welt. Sie bedienen sich verschiedenster Verschwörungstheorien, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie betreiben Raubbau, sowohl an den Ressourcen der Erde als auch an der demokratischen Gesellschaft, und forcieren so den Niedergang der Demokratie.

Doch es sind nicht nur diese Autokraten, die zur Gefahr des Menschen geworden sind. Es ist der Mensch selbst, der zur Gefahr für sich selbst geworden ist. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf – homo homini lupus. Die rücksichtslose Ausbeutung der Um- und Mitwelt durch den Menschen, die zugleich zu einer Gefahr für den Menschen selbst geworden ist, steht im Mittelpunkt des Beitrages von Daniela Wakonigg.

Allein dieser kurze Aufriss zeigt die Dimension der verschiedenen Problematiken, mit denen wir uns in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben. Selbstverständlich können in

diesem Heft nicht alle Aspekte beleuchtet werden. Dennoch möchten wir Sie, liebe Leser_innen, dazu einladen, den rationalen Blick zu schärfen.

Die Corona-Pandemie hat das Potential, bisherige (Fehl)Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und Veränderungen anzustoßen, nicht nur im Hinblick auf die anhaltende Klimaschutz-Diskussion. Die Gefahr ist, und das zeigen die Beiträge in diesem Heft, dass die Ursuppe aus Verquickungen, Halbwahrheiten und Halbwissen überschwappt und eine gefährliche

Melange bildet, welche das Potential hat, die Gesellschaft weiter zu spalten und Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte zurückzudrängen. Dies gilt es aufzuhalten. In diesem Sinne, Geschichte wird gemacht!

Anmerkung

- 1 Im Bundesinnenministerium wurde eigens eine Taskforce einberufen, um den Wünschen der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu entsprechen. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/04/austausch-religionsvertreter.html> (letzter Zugriff: 7.7.2020).

Call for Articles: Religionskritik von rechts

Die MIZ sucht für einen Themenschwerpunkt in Heft 2/21 Autor_innen, die zum Thema Rechte Religionskritik arbeiten. Gefragt sind kurze, allgemein verständliche Beiträge, die sich mit den folgenden oder ähnlichen Fragestellungen beschäftigen:

- zum Begriff „Religion“: Als was versteht die Rechte Religionskritik „Religion“?
- zur Ethnisierung von Religionszugehörigkeit: Wer ist das jeweilige „Objekt“ Rechter Religionskritik? Wer nicht? Wie werden Gruppenzugehörigkeiten konstruiert?
- zum Fokus „Islamkritik“: Welche „Themen“ behandeln Rechte Religionskritiker_innen vornehmlich? Welche Begriffe bzw. Begrifflichkeiten werden bemüht, welche rhetorischen Strategien gewählt?
- zum sozialen und gesellschaftlichen Kontext: Welche Konstellationen begünstigen bzw. hemmen Rechte Religionskritik?
- zur Religionskritik der politischen Parteien: Welche religionskritischen Positionen finden sich bei den politischen Parteien der Rechten in Europa?

Gern gesehen sind auch internationale Artikel, z.B. aus dem globalen Süden.

- zur „Entdeckung“ der Menschen- und Frauenrechte: Welche Argumente werden wie von der politischen Rechten

vorgebracht, wenn es um die Rechte von Frauen, Homosexuellen etc. geht? Was verbirgt sich hinter der Fassade der Fürsprache?

- zur Konstruktion von „Tabu-Kritikthemen“: Kann von einer „Diskursverschiebung“ in Richtung der „Vermeidung“ von Religionskritik gesprochen werden? Wer wird ausgeschlossen als „Kritiker_in von Religionen“?
- zu Überschneidungen von Rechten und Linken Identitätspolitiken: Welche Argumentationsmuster ähneln sich in Rechten und Linken Identitätsdebatten?

Die Stichpunkte und Fragestellungen umreißen das Thema nur schematisch. Spezialisiertere Themenstellungen sind und werden nicht ausgeschlossen.

Ein kurzes Papier mit einem Vorschlag (max. 1.000 Zeichen) bitte bis spätestens 30.9.2020 an redaktion@miz-online.de senden. Die Beiträge selbst sollen max. 10.000 Zeichen umfassen und müssen der Redaktion bis spätestens 31.3.2021 vorliegen. Einreichungen bitte an redaktion@miz-online.de oder an Alibri Verlag, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg.

Weitere Infos unter www.miz-online.de



Das Virus und der Glaube

Wie Religiosität eine Pandemie begünstigt hat

Das Coronavirus hat in beispielloser Rücksichtslosigkeit die Schwächen einer global vernetzten Menschheit aufgedeckt. Wo früher ein umgefallener Reissack in China eben ein umgefallener Reissack in China war, kann heute in der Weltrisikogesellschaft ein regional begrenztes Ereignis in Rekordgeschwindigkeit zu einer globalen Katastrophe führen. Die Religion hat sich dabei als Brandbeschleuniger erwiesen.

Religiöse Massenveranstaltungen

Massenveranstaltungen sind in Zeiten einer grassierenden Pandemie generell keine gute Idee. Nicht ohne Grund wurden diese von vielen Regierungen wegen der hohen Gefahr, das Virus stark zu verbreiten, auch als erstes verboten. Bei religiösen Veranstaltungen kommt jedoch oft erschwerend hinzu, dass Gebräuche und Rituale nicht hygienisch sind. Zudem versammeln sich hier häufig ältere Menschen.

Das prominenteste Beispiel in der Coronakrise für einen religiös geförderten Ausbruch waren die Vorkommnisse in Südkorea. Dort hatte die christliche Kirchengemeinschaft Shincheonji in der Region um Daegu massiv zur Ausbreitung beigetragen. Mehr als die Hälfte der Krankheitsfälle ließen sich in der Anfangsphase der Epidemie in der Millionenstadt auf Mitglieder dieser Glaubensgemeinschaft zurückführen. Förderlich für die rasante Ausbreitung waren Rituale wie etwas das Beten und Singen ohne Abstand. Die Gruppierung hat sich inzwischen für ihr Verhalten entschuldigt.

Ähnliches ereignete sich auch in Bangladesch. Dort kamen Gläubige noch nach einem Verbot der Regierung zum Beten zusammen. Rund 25.000 Menschen wollten mit dem Aufrufen „heilender Worte“ aus dem Koran das Coronavirus bekämpfen und trugen wahrscheinlich doch nur zu dessen Verbreitung bei. Denn kurz zuvor hatte eine religiöse Veranstaltung mit 16.000 Muslimen in Malaysia mehr als 500 Infektionen verursacht und das Virus wurde in den Nachbarländern verteilt. Auch im Elsass ging der Ausbruch des Erregers auf eine religiöse Massenveranstaltung zurück. Bei einer Veranstaltung einer evangelikalen Kirche hatten sich zahlreiche Gläubige angesteckt und in der Folge die Krankheit im ganzen Land verteilt. Kurz darauf verhängte dann Frankreichs Regierung ein Verbot von Großveranstaltungen.

Irrationales Verhalten von Gläubigen

Wie sehr individuelles religiöses Verhalten dazu beitragen kann, die Ausbreitung eines Virus zu fördern, zeigt eindrucksvoll die Betrachtung



An der Klagemauer hatten sich Orthodoxe sogar zu einem Massengebet gegen die Krankheit versammelt. (Symbolbild: Orthodoxe Juden an der Klagemauer, Foto: © CC0 Pixabay)

der Vorgänge in Israel. Dort hatte man sehr früh auf die Ausbreitung des Coronavirus reagiert. Mit einiger Wahrscheinlichkeit hätte man den Erreger sogar vollständig eindämmen können, wenn sich nicht sehr viele ultraorthodoxe Juden kontraproduktiv verhalten hätten. Diese leben in ihrer eigenen Welt, folgen den Anweisungen ihrer religiösen Führer, benutzen koschere Kommunikationsmittel und besuchen eigene Schulen. Auch den Versammlungsverboten kamen viele nicht nach. An der Klagemauer hatten sich Orthodoxe sogar zu einem Massengebet gegen die Krankheit versammelt. Das Ergebnis war, dass religiös geprägte Viertel sich zu Corona-Hotspots entwickelten.

Fairerweise muss man jedoch sagen, dass religiös bedingte techni-

sche Rückständigkeit nicht zwingend ein Nachteil sein muss. Die religiöse Gemeinschaft der Amischen, welche moderne Technik strikt ablehnen und im Wesentlichen noch wie im 19. Jahrhundert leben, konnten im Bundesstaat New York bei der Fertigung von Schutzmasken helfen, da die Amischen im Gegensatz zu modernen Amerikanern noch in der Lage waren, mit Nadel und Faden umzugehen.

Nun könnte man meinen, irrationales Verhalten wäre in den modernen europäischen Staaten weniger ein Problem. Doch weit gefehlt. Auch hierzulande sind noch genug Menschen mit dem Virus des Glaubens infiziert, um eine Pandemie voranzutreiben. Wenn es nun um irrationales Verhalten geht, dann kann die katholische Kirche natürlich nicht weit sein. So warnte



„Die hl. Eucharistie wurde von Christus nicht dazu eingesetzt, dass sie mir Krankheiten und Tod bringt“ – der Churer Weihbischof Eleganti. (Foto: © CC0 Pixabay)

Papst Franziskus schon sehr früh davor, klassische Gottesdienste zu untersagen. Bei medialen Übertragungen seien die Menschen „zusammen und doch nicht zusammen“, meinte der Papst und betonte die Wichtigkeit der Sakramente. Noch weiter ging der Churer Weihbischof Eleganti, der in einem Videointerview die von der Schweizer Bischofskonferenz beschlossenen Anweisungen zur Leerung der Weihwasserbecken und zum Verzicht der Mundkommunion kritisierte und darauf verwies, dass von der Kommunion kein Unheil ausgehen könne. Selbst nach einer umfassenden Diskussion blieb der Bischof uneinsichtig und legte auf *kath.net* noch einmal nach: „Die hl. Eucharistie wurde von Christus nicht dazu eingesetzt, dass sie mir Krankheiten und Tod bringt. Aus

meiner gläubigen Sicht bleibt das für Gott ein absolutes NO GO! Ich entschuldige mich für den Ausdruck, aber darin gründet meine feste und kritisierte Überzeugung. Abgesehen davon, sind wir immer in der Hand Gottes. Jede andere Sicherheit ist im Grunde eine Pseudosicherheit, d.h. eine sehr fragwürdige und zerbrechliche.“¹

Doch es geht tatsächlich noch dümmmer. Eine Gruppe konservativer katholischer Geistlicher witterte gleich eine Weltverschwörung hinter den Ereignissen und rief im Internet zum Widerstand auf: „Wir haben Grund zu der Annahme – und das auf Grundlage offizieller Daten der Epidemie in Bezug auf die Anzahl der Todesfälle – dass es Kräfte gibt, die daran interessiert sind, in der Bevölkerung Panik zu erzeugen. Auf diese Weise wollen sie dauerhaft Formen inakzeptabler Freiheitsbegrenzung und der damit verbundenen Kontrolle über Personen und der Verfolgung all ihrer Bewegungen durchsetzen. Diese illiberalen Steuerungsversuche sind der beunruhigender Auftakt zur Schaffung einer Weltregierung, die sich jeder Kontrolle entzieht.“² Wer genau diese dunklen Kräfte sein sollen, darüber schwieg man sich aus. Prominentester deutscher Unterzeichner war übrigens niemand geringerer als Kardinal Gerhard Ludwig Müller, ehemaliger Leiter der Kongregation für die Glaubenslehre.

Ähnlich fanatisch anmutende Ansichten sind allerdings auch bei den bekanntermaßen streng gläubigen Evangelikalen zu finden. Sowohl in Brasilien als auch in den USA wurde das Virus als Gottesrache oder Teufelswerk angesehen, geschickt, um die Menschheit für ihren dekadenten Le-

bensstil zu bestrafen. In den USA ignorierten einige evangelikale Prediger zudem die Versammlungsverbote, was den einen oder anderen Gotteskrieger dann kurzzeitig hinter Gitter brachte. In Deutschland beschränkten sich die Evangelikalen dagegen auf peinliche Missionierungsversuche wie das Missionswerk Bruderhand mit einer fragwürdigen Broschüre oder führte metaphysische Diskussionen darüber, ob das Virus jetzt eine Strafe Gottes sei oder eben nicht.

Natürlich verschonte das Virus auch die muslimische Welt nicht. Die Reaktionen darauf waren ebenfalls mitunter nur schwer nachzuvollziehen. Besonders die Mullahs im Iran fielen dadurch auf, das Virus erst zu verharmlosen und dann mit religiösen Durchhalteparolen zu agieren. Noch bizarrer war allerdings das Verhalten einiger einfacher Gläubiger. Dort leckten doch tatsächlich Gläubige die Türen von Moscheen ab, um Allah zu preisen und zu demonstrieren, dass das Virus Gläubige nicht trifft. Videos davon waren in den sozialen Medien zu sehen. Im Irak wusste man dagegen sofort, wer der Schuldige für die Pandemie war. Wenig überraschend soll es sich um ein amerikanisch-jüdisches Komplott handeln.

Aber auch in Deutschland gab es mit einigen Muslimen Probleme. So sorgte eine muslimische Bestattung in Berlin für mächtigen Ärger. Bei einer arabischen Großfamilie aus Neukölln war eine in der Hierarchie hoch stehende Mutter gestorben. Eigentlich durften nach dem Infektionsschutzgesetz nur maximal 20 Personen eine Beerdigung besuchen. Für die muslimische Großfamilie wurde jedoch eine Ausnahme gemacht und rund 100



„Händewaschen so lange wie ein Vaterunser“ – Reiner Erich Haseloff, der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. (Foto: © CC0 Pixabay)

Trauernde konnten teilnehmen. Doch damit nicht genug. Um einen sicheren Ablauf zu gewährleisten, war ein Großaufgebot der Polizei im Einsatz. Sogar ein Hubschrauber überwachte die Veranstaltung.

Ohnehin scheint Neukölln ein Brennpunkt für entsprechende Verstöße zu sein. So hatten sich mitten in der Hochphase der Pandemie rund 300 Menschen vor einer vom Verfassungsschutz beobachteten Moschee versammelt, die den Muslimbrüdern zugeordnet wird. Auslöser für diesen Massenauflauf war ein über Lautsprecher übertragener Gebetsruf, dem die Gläubigen dann folgten, ohne auf Abstände zu achten. Auch Ermahnungen der Polizei zeigten nur geringe Wirkung. Öffentlich Gebetsrufe sind im Übrigen seit Corona keine

Seltenheit mehr. Gerade während des Ramadans wollten viele Gemeinden den Muslimen diesen nicht verwehren. Hier hat man geschickt die Gunst der Stunde genutzt.

Die Gunst der Stunde nutzen wollten auch einige Salafisten, um Gelder für den Glaubenskampf vom Staat zu kassieren. So hat in Berlin eine Gruppe dieser Fanatiker versucht, Corona-Soforthilfen abzugreifen. Mehrfach sollen die fünf Beteiligten über die Förderbank IBB Hilfen beantragt und dann auch bekommen haben. Der Schaden soll sich dabei auf 45.000 Euro belaufen. Unter den Verdächtigen soll auch ein Freund des Breitscheidplatz-Attentäters Anis Amri gewesen sein.

Virus, Religion und Politik

Wenn Politiker mit einer Krise konfrontiert werden, dann zeigt sich, ob jemand zu verantwortungsvollem Handel fähig ist oder nicht. Ein religiöser Hintergrund kann dabei nicht nur hinderlich sein, sondern auch in einer Katastrophe enden, wie man anhand des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro erkennen kann. Obwohl Brasilien vom Virus massiv getroffen wurde, spielte der streng religiöse und extrem konservative Bolsonaro die Gefahren herunter, bezeichnete das Virus mal als „einfache Grippe“, mal als „Fantasie“, mal als „Hysterie“. Er ging sogar soweit, eine Verschwörung gegen ihn und Donald Trump hinter dem Virus zu vermuten.

Apropos Donald Trump. Über dessen Coronapolitik kann man ebenfalls

wenig Positives sagen. Nach einer Phase der Verharmlosung folgte eine Phase von sinnlosem Aktionismus begleitet von religiösen Durchhalteparolen. Ein Malariamedikament, dessen Wirkung zweifelhaft und noch nicht belegt ist, bezeichnete er sogar als „Gottesgeschenk“.

Wenn es um peinliche Religionspropaganda geht, dann führt kein Weg an der CSU vorbei. Allen voran natürlich deren Chefkreuzzügler Ministerpräsident Markus Söder, der kaum eine Gelegenheit ausließ, um ein göttliches Eingreifen zu beschwören: „Gemeinsam beten verbindet über die Religionen hinweg. Der Glaube gibt Kraft – gerade in dieser außergewöhnlichen Zeit. Halten wir zusammen.“³ Noch dreister war allerdings Reiner Erich Haseloff, der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. Bei einer Video-Presseskonferenz der Landesregierung gab dieser ernsthaft Folgendes zu Protokoll: „Händewaschen mit Wasser 10-40 Grad. Mit Seife waschen, so lange wie ein Vaterunser. Ein Vaterunser dauert 25-40 Sekunden, hat der heilige Vater gesagt.“

In der Stunde der Krise schlägt auch die Stunde der Lobbyisten. Ayman Mazyek, der allgegenwärtige Vertreter des Zentralrats der Muslime, forderte sogleich finanzielle Unterstützung für geschlossene Moscheen und damit verbundene Einnahmeverluste. Ganz so als könnten Gläubige nicht dennoch Geld an ihre religiösen Vereine spenden. Im Interview mit dem Spiegel sagte er: „Deshalb muss auch staatlicherseits eine Kompensation in Form eines Ausgleichs der durch die Schließung verursachten Einnahmeverluste erfolgen. Hier haben bereits einige Länder dankenswerterweise Programme aufgelegt. Andere Länder sollten nachzie-



Gottesdienste haben sich in der Corona-Pandemie als Superspreader-Events erwiesen. (Foto: © CC0 Pixabay)

hen. Geschieht das nicht, werden nicht wenige Moscheen nach der Coronakrise nicht mehr existieren. Und mit ihnen wird die Wohlfahrt, die Seelsorge und die soziale Integration verschwinden, die sie derzeit für unsere Gesellschaft leisten.“⁴

Wie sehr die Politik nach der Pfeife religiöse Lobbyisten tanzt, ließ sich eindrucksvoll an der Prioritätensetzung bei den Lockerungen sehen. Während die Belange von Familien mit Kindern ganz hinten an gestellt wurden, konnten Gläubige schon wieder sehr schnell in ihre Gotteshäuser zurück. Es dauerte allerdings nur wenige Tage und schon war ein Gottesdienst für einen großen Ausbruch verantwortlich. In Frankfurt hatte sich eine baptistische Gemeinde versammelt mit dramatischen Folgen. Über 200 Menschen infizierten sich in der Folge dieses Gottesdienstes, bei dem weder auf

den Gesang verzichtet noch ein Mund-Nasenschutz getragen wurde. Auch die jüngsten Massenausbrüche mit über 90 Infizierten in Neukölln (und mehr als 1500 Infizierten in der Fleischfabrik Tönnies sollen Medienberichten zufolge ursprünglich auf Gottesdienstbesuche zurückzuführen sein. Gott scheint es nicht gut mit seinen Schäfchen zu meinen.

Anmerkungen

- 1 Das bleibt für Gott ein absolutes NO GO!, <https://www.kath.net/news/70982> (abgerufen am 11.5.20).
- 2 Der Aufruf ist zu finden unter: <https://veritasliberabitvos.info/aufruf/> (abgerufen am 9.5.20).
- 3 Markus Söders Videaufruf auf Facebook vom 8.4.2020.
- 4 Spiegel Interview vom 22.4.20: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/aiman-mazyek-zu-corona-und-ramadan-viele-moscheen-stehen-vor-dem-bankrott-a-1b5da786-cf16-4c86-88a7-144eab0a1a80>.

Wenn wir nichts ändern, wird es ungemütlich

Die aktuelle Corona-Pandemie ist nur ein Beispiel für eine gefährliche Krankheitswelle, die auf unseren ausbeuterischen Umgang mit Tieren und Umwelt zurückzuführen ist. Weitere werden mit hoher Wahrscheinlichkeit folgen, warnt die Wissenschaft. Höchste Zeit, unser Verhältnis zur Natur zu überdenken und diesem Denken auch Taten folgen zu lassen.

Kritik an unserer Ausbeutung der Tierwelt wird oft mit tierethischen Argumenten geübt. Angesichts der Tatsache, dass Tiere unsere engen biologischen Verwandten seien und ebenso leidensfähig wie wir, müsse überdacht werden, ob es ethisch akzeptabel sei, Tiere der industriellen Massentierhaltung auszusetzen oder sie überhaupt zu schlachten und zu essen. Die Gegenseite hält die biologische Nähe von Mensch und Tier sowie die tierische Leidensfähigkeit hingegen für weniger bedeutsam und beruft sich wahlweise auf den Verstand des Menschen, welcher ihn über die Tiere erhebe, oder auf seine gottgegebene Position als Krone der Schöpfung, die eine Nutzung anderer Lebewesen legitimiere.

Die philosophischen Diskussionen um dieses Thema werden derzeit von der Realität eingeholt. Und zwar auf fast ironisch zu nennende Weise. Denn selbst wer tierethischen Positionen fern steht und Tieren gegenüber keine sonderliche Empathie empfindet, muss spätestens in der gegenwärtigen Corona-Pandemie erkennen, dass es die Kombination von der biologischen Nähe des Menschen zu Tieren und von

deren Ausbeutung ist, die droht, der Menschheit zum Verhängnis zu werden. Einige Krankheitserreger sind spezialisiert auf ganz bestimmte Wirte. Ein porcines Coronavirus kann Schweine infizieren, ein felines Katzen, nicht jedoch umgekehrt. Doch weil sich die Biologie unterschiedlicher Wirtstiere ähnelt, besitzen andere Krankheitserreger die Fähigkeit, Wirte unterschiedlicher Arten zu infizieren. Bei Krankheiten, die vom Menschen auf (andere) Tiere oder von (anderen) Tieren auf den Menschen übertragbar sind, spricht man von Zoonosen. Zu den Zoonosen zählt auch die Covid-19-Erkrankung, die vom neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöst wird. Eine der unangenehmen Eigenschaften von Zoonosen ist, dass jederzeit neue entstehen können.

Krankheitserreger wie Viren, die sich zahlreich und schnell vermehren, produzieren im Laufe ihres Reproduktionsprozesses beispielsweise immer neue Mutationsformen. So kann es sein, dass in einem einzelnen Tier entweder per zufälliger Mutation oder durch Vermischung mit dem Genmaterial eines anderen Virus eine Virusvariante entsteht. Eine

Variante, die – direkt oder über eine weitere Vermischungsstation in einem Zwischenwirt – geeignet ist, auch auf eine andere Tierart wie beispielsweise den Menschen überzugehen. Im schlimmsten Fall ist diese neu entstandene Virusvariante auch von Mensch zu Mensch übertragbar und hat auf diese Weise das Potential, eine Epidemie oder gar eine Pandemie auszulösen.

An dem natürlichen Prozess des fortwährenden Wandels bestimmter Krankheitserreger ist nichts zu ändern. Sehr wohl kann jedoch an anderen Stellschrauben gedreht werden, um Krankheitswellen unter der menschlichen Bevölkerung zu verhindern. Momentan sind diese Schrauben jedoch so justiert, dass die Uhr für die Entstehung neuer Pandemien permanent tickt. Das verdanken wir unserem aktuellen Umgang mit Tieren und Umwelt.

In der Massentierhaltung sind viele Tiere auf engstem Raum zusammengepfercht und werden am Fließband geschlachtet. Je mehr Tiere sich an einem Ort befinden, desto höher ist jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass eines von ihnen die neue Variante eines Krankheitserregers in sich trägt, die auf Menschen übertragbar ist. Durch die beengte Tierhaltung ist außerdem die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass dieser Erreger auf mehrere Tiere übertragen wird, was wiederum die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich menschliche Arbeiter in der Tierindustrie infizieren.

Doch nicht nur die Massentierhaltung, auch das Eindringen des Menschen in den Lebensraum wildlebender Tiere birgt die Gefahr gefährlicher Zoonosen. Einige wildlebende Tierarten tragen beispielsweise Viren

Daniela Wakonigg ist Mitglied der MIZ-Redaktion. In Heft 1/20 stellte sie den gemeinsamen Gesetzentwurf zur Ablösung der Staatsleistungen von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen vor.

in sich, die sie selbst nicht krank machen, die für den Menschen jedoch höchst gefährlich sein können. Indem der Mensch, in ihr Revier eindringt, sie jagt und isst, besteht die Gefahr der Entstehung bzw. Übertragung einer neuen Zoonose. Ebenso, indem der Mensch den Lebensraum der Wildtiere zerstört – beispielsweise durch das Abholzen von Regenwäldern – und die Tiere so zwingt, sich in der Nähe von menschlichen Ortschaften anzusiedeln.

Auf genau diese Weise, also durch den Kontakt zu Tieren, die zum Zweck der Schlachtung gehalten oder gejagt wurden, kam es in den vergangenen Jahrzehnten in Asien zu Ausbrüchen der sogenannten Vogel- und Schweinegrippe, ebenso wie zu wiederholten Ausbrüchen von Ebola in Afrika. Wie genau das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2, das derzeit die Welt in Atem hält, entstand und wann und wo es erstmals von Mensch zu Mensch übertragen wurde, ist noch nicht abschließend geklärt. DNA-Untersuchungen zeigen, dass SARS-CoV-2 genetisch sowohl eng verwandt ist mit Coronaviren, die in Fledermäusen vorkommen, als auch mit solchen, die in Schuppentieren existieren. Man vermutet derzeit, dass es SARS-CoV-2 über das Schuppentier als Zwischenwirt gelang, die Artgrenze zu überspringen und auf den Menschen überzugehen. Sowohl Fledermäuse als auch Schuppentiere sind Wildtierarten, die in China gejagt, gegessen und tot ebenso wie lebendig auf Märkten angeboten werden.



Kein Schwein fühlt sich im engen Stall wohl – ein Virus hingegen schon. (Foto: © Pixabay)

Auch auf dem Tiermarkt in Wuhan, von dem die weltweite Ausbreitung des neuartigen Coronavirus ihren Ursprung nahm – auch wenn die erste Übertragung von Tier zu Mensch und Mensch zu Mensch möglicherweise bereits früher stattgefunden haben könnte. Bereits seit Jahren hatten Wissenschaftler zuvor vor der Entstehung einer weiteren für den Menschen gefährlichen Coronavirus-Variante gewarnt. Und auch davor, dass sich diese neue Virusvariante aufgrund der weltweit wachsenden Mobilität in Windeseile um den Globus verteilen könnte.

Während die Welt aktuell unter der Corona-Pandemie ächzt, steht das nächste gefährliche Virus bereits in den Startlöchern. Wieder ist es eines, das dem Menschen Dank Massentierhaltung

gefährlich werden kann. Ende Juni sprachen chinesische Wissenschaftler in der Fachzeitschrift PNAS eine Warnung vor einem neuen Schweinegrippevirus aus: G4 EA H1N1. Diesen G4-Genotyp des Influenza-A-Virus H1N1 haben Wissenschaftler bereits seit mehreren Jahren unter Beobachtung. 2013 wurde durch Untersuchung von Schweinen in der chinesischen Massentierzucht sowie von Arbeitern in Schweinefabriken entdeckt, dass das G4-Virus inzwischen nicht nur in Schweinen, sondern auch in Menschen vorkommt. Ein Zehntel der stichprobenartig untersuchten Arbeiter in den industriellen Schweine-Betrieben Chinas sollen bis heute Kontakt mit dem Virus gehabt haben. Die entscheidende Hürde für eine

Pandemie hat das G4-Grippevirus glücklicherweise noch nicht genommen: Es ist nach aktuellem Wissensstand nicht von Mensch zu Mensch übertragbar. Doch die Wissenschaftler warnen in ihrer Veröffentlichung deutlich davor, dass das G4-Grippevirus inzwischen alle entscheidenden Merkmale habe, die es zu einem Kandidaten für eine Influenza-Pandemie machten.

Dass unser ausbeuterischer Umgang mit Tieren und Umwelt die Entstehung und Verbreitung von Pandemien massiv begünstigen, steht ohne jede Frage fest. Nur eine weitere düstere Färbung verleiht dieser Feststellung die Tatsache, dass es in der Corona-Pandemie zudem weltweit ausgerechnet Schlachtbetriebe waren, die sich als Hotspots der Mensch-zu-Mensch-Übertragung des neuen humanen Coronavirus erwiesen. Die gekühlte Luft, Klimaanlage ohne ausreichende Filterung sowie schwere körperliche Arbeit mit hohem Aerosolausstoß schufen ideale Bedingungen für die Verbreitung. In den Schlachtbetrieben zeigt sich nämlich nicht nur unser ausbeuterisches Verhältnis gegenüber Tieren, die dort am Fließband getötet werden. Es zeigt sich auch, dass wir für das vermeintliche Menschenrecht aufs Billig-Schnitzel ebenfalls bereit sind, die Ausbeutung von Menschen in Kauf zu nehmen. Menschen aus Billiglohnländern, die für niedrige Löhne jene Brutalität ausüben, mit der wir unser Schnitzel keinesfalls assoziieren wollen.

Als würde das alles noch nicht reichen, gibt es neben der sehr realen Gefahr, zum Ausgangspunkt von Pandemien zu werden, durch Massentierhaltung und industrielle Fleischproduktion noch weitere

„Machtet sie euch unterthan und herrschet...“ (Genesis 1,28)

Das Diktum aus dem 1. Buch Mose (=Genesis), in dem Gott seinen Ebenbildern befiehlt, sich die Natur zu unterwerfen und nach Belieben nutzbar zu machen, beherrscht das Gattungsbewusstsein des Menschen wie kein zweites: eine universell gültige Erlaubnis, gar „göttlicher Auftrag“, zu rücksichtsloser Ausbeutung von Um- und Mitwelt. Auch wenn und gerade weil der vorgebliche Auftrag Gottes erkennbar nichts anderes ist, als ins Metaphysische projizierter und aus diesem als Legitimation für rücksichtslose Ausbeutung von allem und jedem zurückgespiegelter Ausdruck menschlicher Gier, fällt es umso schwerer - Stichwort: Kognitive Dissonanz -, die entscheidende Lehre aus der gegenwärtigen Krise um das Corona-Virus zu ziehen. Und die heißt: Wir brauchen ein grundlegend anderes Verhältnis Mensch-Natur.

Colin Goldner

Gefahren für die Menschheit. Zu nennen wären vor allem die zunehmende Abholzung des Regenwalds zum Anbau von Viehfutter, was den Klimawandel beschleunigt, sowie die Entstehung von Antibiotikaresistenzen. Durch die beengten Verhältnisse in der Massentierzucht können sich nicht nur Viren, sondern auch Bakterien in Viehbeständen schnell verbreiten. Landwirte und Agrarunternehmen steuern dagegen, indem sie in der Tierzucht und Tiermast umfangreich Antibiotika einsetzen. Durch den massenhaften Einsatz von Antibiotika werden Keime jedoch zunehmend gegen sie resistent. Und zwar auch jene, die in der Humanmedizin bekämpft werden. Auf diese Weise schwindet die



Schlachthöfe und Fleischfabriken wurden in der Corona-Epidemie zu Infektions-Hotspots. (Foto: © Pixabay)

Anzahl wirksamer Antibiotika. Ändert sich an diesem Zustand nicht schnell und grundlegend etwas, so leben wir bald wieder in einer Welt, in der eine Zahnwurzelentzündung ebenso tödlich enden kann wie vor einem guten Jahrhundert zur Zeit unserer Vorfahren.

Angesichts all dieser Fakten ist es schon lange keine bloße Frage der Tierethik mehr, ob wir unseren Umgang mit Umwelt und Tieren ändern sollten. Allein der pure Egoismus unserer eigenen Spezies sollte uns zum Handeln antreiben. Entweder wir verzichten auf Fleischindustrie und Massentierhaltung und damit auf unser tägliches Billig-Schnitzel oder für die Menschheit wird es in den kommenden

Jahrzehnten nicht nur aufgrund des steigenden Meeresspiegels äußerst ungemütlich werden. Seine Vernunft, die ihn angeblich über die Tierwelt erhebt, könnte der Mensch hier unter Beweis stellen. Doch ob der menschliche Verstand über die Lust aufs Schnitzel siegen wird, ist äußerst fraglich.

Mehr Militärseelsorge

Die staatlich finanzierte und organisierte Militärseelsorge ist ein Relikt aus einer Zeit, als Priester Waffen segneten und Bischöfe in ihren Hirtenworten daran erinnerten, dass „der christliche Soldat ... treu zu seinem Fahneneide“ zu stehen habe. In Zukunft gibt es in Deutschland Militärseelsorge auch für jüdische Soldaten. Und es werden bereits Stimmen laut, die auch die schnelle Einführung einer muslimischen Militärseelsorge fordern.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde ein Vertrag mit dem *Zentralrat der Juden* in Deutschland geschlossen, der festlegt, dass zukünftig ein Militärrabbinat eingerichtet wird und bis zu 10 Militärrabbiner die etwa 300 jüdischen Soldatinnen und Soldaten seelsorgerisch betreuen. Ende Mai hat der Bundestag diesen Vertrag einstimmig befürwortet und damit die Finanzierung beschlossen. Zukünftig werden 4,67 Millionen Euro jährlich dafür bereitgestellt. Damit ist der *Zentralrat der Juden* den beiden großen christlichen Kirchen in diesem Punkt gleichgestellt: Auch die evangelischen und katholischen Militärgeistlichen sind für die Zeit ihres Dienstes Beamte und werden vom Staat bezahlt.

So einstimmig wie das Votum der Abgeordneten fiel auch die Zustimmung in der Öffentlichkeit aus. Nur ganz vereinzelt wurde die Verhältnismäßigkeit problematisiert: Sind die 48 Stellen in der Behörden angesichts von geschätzt 300 Bundeswehrangehörigen, die deren Dienste möglicherweise in Anspruch nehmen möchten, gerechtfertigt? Und wer es wagte, eine solche Argumentation anzubringen, sah sich umgehend teils auch unsachlicher

Kritik ausgesetzt; es sei kleinlich, dem historischen Moment nicht angemessen, anders als mit uneingeschränktem Beifall zu reagieren.

Ob dies nun als geschickter Zug der Religionslobby gesehen werden muss, die darauf baute, dass niemand die Ausweitung der Militärseelsorge kritisieren würde, wenn sie als Zuwendung an die jüdische Bevölkerung Deutschlands verkauft wird, oder ob sich darin nur spiegelt, wie derzeit in Deutschland Debatten geführt bzw. eben nicht geführt werden, sei dahingestellt. Jedenfalls war die Folge, dass Militärseelsorge als Selbstverständlichkeit angenommen wurde, als völlig unproblematische, ja segensreiche Einrichtung, über die es nichts zu diskutieren gibt.

Vor knapp 30 Jahren, als die Militärseelsorge es das letzte Mal in die Schlagzeilen schaffte, war das anders. Auch damals stand eine Ausweitung an. Doch anders als heute der *Zentralrat der Juden* dienten sich die Landeskirchen des *Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR* (BEK) dem Staat nicht so einfach an. Die ostdeutschen Protestanten bemühten sich, an ihren auch in Auseinandersetzung mit dem SED-Staat entwickelten friedensethischen Posi-

Gunnar Schedel schreibt seit über 25 Jahren für die MIZ. 1992 gehörte er zum Organisationsteam des Leipziger Kongresses gegen eine staatlich getragene Militärseelsorge.

tionen festzuhalten und diese in die EKD hineinzutragen. Dazu gehörten nicht zuletzt ein distanziertes Verhältnis zu militärischer Gewalt und das Bewusstsein, dass diese Auffassung sehr leicht in Konflikt mit der Rolle eines verbeamteten, in die militärische Struktur eingebundenen Seelsorger geraten kann.

Soldatenseelsorge statt militärischer Dienst

So wurde nach Lösungen gesucht, wie Seelsorge an Soldaten ermöglicht werden könnte, zugleich aber die Geistlichen sich eine Unabhängigkeit bewahren



Militärseelsorge

Stärkung der Kampfmoral?
oder Wehrkraftersetzung?

Kongreß in Leipzig
Keine staatlich getragene Militärseelsorge!

Die Vorträge

von Erwin Fischer, Franz Meyer,
Franz Nadler, Bettina Recktor,
Franz-Helmut Richter, Bettina Walter

könnten, die es ihnen erleichtert hätte, den Erwartungen der Bundeswehr zu widersprechen und eine dezidiert friedensethische Haltung beizubehalten. Einer der Vorschläge lautete, die Seelsorge über die Kirchengemeinden an den Kasernenstandorten zu organisieren. Ein solches Modell hätte zudem weit eher dem Verfassungstext entsprechen, der in Art 140 des Grundgesetzes (bzw. 141 der Weimarer Reichsverfassung) nur festlegt, dass „die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen“ sind, nicht aber, dass die Geistlichen vom Staat anzustellen und zu finanzieren seien. Aber (abgesehen davon, dass das Establishment der EKD sich mit Händen und Füßen dagegen wehrte, dieses Privileg aufzugeben) der Vorschlag entsprach in einem wesentlichen Punkt nicht den Interessen der Bundeswehr, in der bereits in den frühen 1990er Jahren über Auslandseinsätze nachgedacht wurde.

Und so wird auch in der jüngsten Stellungnahme der Bundesregierung darauf Bezug genommen, dass es insbesondere die Einsätze fern der Heimat seien, die Soldaten „besonderen körperlichen und seelischen Belastungen“ aussetzen – Belastungen, die möglicherweise ohne Beistand nicht auszuhalten sind. Aber sowenig es eine kritische Debatte über teure Privilegien von Religionsgemeinschaften gab, entspannt sich eine kritische Diskussion darüber, inwieweit Militärseelsorge nicht Teil der psychologischen Kriegführung bzw. der emotionalen Instandhaltung der Truppe ist. Alles wurde unter dem Blickwinkel ‘Kampf gegen Antisemitismus’, Eintreten für Vielfalt bzw. Gleichstellung der jüdischen Religion verhandelt.



Soldaten gedenken eines Toten – bei solchen Anlässen sind Militärgeistliche meist zu sehen, ihre Funktion für die Truppe geht jedoch weit über solch repräsentative Aufgaben hinaus. (Fotos: © CC0 Pixabay)

Als einzige Rednerin in der Debatte sprach die Linken-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau kurz die Organisationsform der Militärseelsorge an und vermerkte, dass ihre Partei eigentlich ein anderes Modell der Seelsorge für Soldaten bevorzugen würde. Gleichwohl stimmte auch ihre Fraktion der Gesetzesvorlage zu. Ihre Fraktionskollegin Christine Buchholz war ohnehin schon im Dezember vehement dafür eingetreten, dass die Bundesregierung auch mit Islamverbänden einen entsprechenden Vertrag abschließen soll. Petra Paus Schlusssatz, in dem sie betont, dass die Fraktion der Linken Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt, klingt angesichts solch kritikloser Zustimmung zu einem Instrument, das nicht zuletzt wegen der Auslandseinsätze der Bundeswehr so organisiert ist, wie es nun mal organisiert ist, wie ein Lippenbekenntnis.

Insofern muss sich zeigen, ob der Beschluss des Bundestags tatsächlich einen „historischen Moment“ markiert, wie ein CDU-Abgeordneter meinte,

oder ob die Bundesrepublik nur einen Schritt in die Vergangenheit gemacht und einen Zustand wiederhergestellt hat, der während des Ersten Weltkriegs als angemessen galt: Wenn jüdische Soldaten schon ihr Leben für „deutsche Interessen“ riskieren, sollten sie dies – wie evangelische und katholische Soldaten auch – mit geistlichem Beistand und Trost tun dürfen.

Da zeugte die Position des späteren evangelischen Bischofs Axel Noack, der 1991 zu bedenken gab, dass es Momente geben könne, in denen es ethisch geboten sei, als Pfarrer zur „Wehrkraftzersetzung“ beizutragen, schon von deutlich differenzierteren Überlegungen. Ob eine Soldatenseelsorge wirklich Sand im Getriebe der Kriegsmaschinerie sein könnte, sei dahingestellt. Die jetzige Militärseelsorge fungiert jedenfalls eher als Schmierstoff, ganz gleich, welcher Religion die uniformierten Geistlichen angehören.

Querfront 2020

Widerstand 2020 ist eine Bewegung, die sich während der Coronavirus-Pandemie gegründet hat und die sich in erster Linie das Ziel gesetzt hat, gegen die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu agieren. Dabei strebt man die Gründung einer Partei an. Inhaltlich gibt man sich alle Mühe, die Folgen des Virus zu verharmlosen, um die Maßnahmen der Regierung als völlig überzogen darstellen zu können. Bei Demonstrationen tragen Mitglieder und Sympathisanten der Organisation eine sogenannte „Querdenker-Bommel“, eine Kette mit einer Kugel aus Alufolie. Von der Alufolienkugel bis zum Aluhut ist es dann natürlich nicht mehr weit. Tatsächlich versammeln sich in dieser Bewegung u.a. Verschwörungstheoretiker von Rechts bis Links. Die Internetseite selbst ist bislang noch wenig aussagekräftig, unübersichtlich und mit dürftigem Funktionsumfang.

<https://widerstand2020.de>

Philosophieblog

Die Seite *praefaktisch* ist ein Blog für den Austausch philosophischer Gedanken. Die Themen sind dabei breit gefasst und haben einen engen Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen, politischen und ethischen Fragen. Neben allgemeinverständlichen Beiträgen und Artikeln, finden sich dort auch leistungswerte Interviews mit bekannten Philosophen. Die Seite selbst ist über-

sichtlich, professionell gestaltet und lädt zum Verweilen ein. Philosophisch interessierte Personen werden sicher einige interessante Anregungen dort finden und können zudem ihren Wissenstand erweitern.

<https://www.praefaktisch.de/>

Religionsinfos für Kinder

Die Seite *religionen-entdecken.de* will Kindern und Jugendlichen die Weltreligionen erklären. Beantwortet werden sollen Fragen wie „Wer hat sich das Universum ausgedacht? Wie betest, fastest oder feierst du? Was geschieht nach dem Tod? Hilft dir dein Glaube im Leben?“. Schon anhand der tendenziösen Fragestellungen lässt sich jedoch leider erkennen, dass auf dieser Seite in erster Linie religionsfreundliche Propaganda verbreitet werden soll. Aufgeklärte Eltern, die mit ihren Kindern sich kritisch dem Thema nähern wollen, sollten auf andere Quellen zurückgreifen.

<https://www.religionen-entdecken.de/>

Evangelische Sektenjäger

Die *Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* (EZW) ist eine Institution der *Evangelischen Kirche*, deren Aufgabe es ist, die weltanschauliche Konkurrenz zu untersuchen und diese Erkenntnisse dem Fachpublikum und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich finden sich auf der Homepage der Zentralstelle jede Menge Informationen zu „Sekten“, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgruppen. Leider sind nicht wenige der Beiträge welt-

anschaulich gefärbt. Was angesichts der folgenden Selbstdarstellung wenig verwunderlich ist: Die EZW „trägt dazu bei, die Darstellung des christlichen Gottes- und Weltverständnisses im Gegenüber zu anderen Gottes- und Weltverständnissen zur Geltung zu bringen (evangelische Apologetik), und bemüht sich um Koordination der Arbeit zu religiös-weltanschaulichen Fragen im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland“. Diese inhaltliche Einfärbung ist im Grunde schade, denn ein Verzeichnis von „Sekten“ und anderen kleinen Glaubensgemeinschaften wäre eine begrüßenswerte Sache.

<https://www.ezw-berlin.de/>

Hans Alberts Lebenswerk

Der Naturwissenschaftler Hans-Joachim Niemann hat dem bekannten Soziologen und Vertreter des *Kritischen Rationalismus* Hans Albert eine ganze Website gewidmet. Diese umfasst einen Studienführer Hans Albert mit den Artikeln, Büchern, Zusammenfassungen, Kommentaren, Sekundärschriften, Tagungsberichten und Debatten. Zudem finden sich auf der Website ein umfangreicher Lebenslauf und viel Wissenswertes über die Person Hans Albert, zusammengetragen von Spezialisten, von seinen Lesern und seinen Schülern. Die Seite selbst ist leider optisch und teilweise auch inhaltlich in die Jahre gekommen. Dennoch lohnt sich ein Blick darauf, wenn man sich für die Philosophie von Hans Albert interessiert.

<http://www.opensociety.de/Web1/Albert/albert.htm>

Deutsche Islamkonferenz

Die *Deutsche Islamkonferenz* soll laut eigenen Angaben den Dialog zwischen den Muslimen und der deutschen Staatsregierung sicherstellen. Ursprünglich von Wolfgang Schäuble 2006 ins Leben gerufen läuft seit 2018 die vierte Phase des Dialogs. Wie wichtig dem Staat diese Einbindung der Muslime ist, zeigt sich am Umfang und der Gestaltung der Website zur Islamkonferenz. Hier wurde offensichtlich viel Geld zur Umsetzung in die Hand genommen. Aus säkularer Sicht ist die Seite insbesondere deshalb interessant, weil man sich hier direkt darüber informieren kann, wie weit die muslimischen Gemeinschaften inzwischen ähnlich wie die Kirchen vom Staat privilegiert werden. Einzige Voraussetzung hierfür scheinen Lippenbekenntnisse zur Staatstreue zu sein.

<http://www.deutsche-islam-konferenz.de/>

Bücher fürs Diesseits...

Neu im denkladen.de: Michael Schmidt-Salomon zur Künstlichen Intelligenz ● Neuauflage der wichtigsten Studie zur „Rattenlinie“ ● Bücher zu Fake Facts und Unfehlbarkeit ● Eine Graphic Novel zum Partygespräch Wissenschaft & Glaube — sowie viele weitere Bücher fürs Diesseits...

www.denkladen.de

Zwischen Faszination und Feindbild

Zur Sichtweise auf „den Islam“ in der „Neuen Rechten“

In ihrer Haltung zum „Islam“ zeigt sich die extreme Rechte seit jeher gespalten. Unschwer ist zu erkennen, dass vor allem der Islam als politisches Phänomen und selten als Religion im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht. Im Kern richten sich die entsprechenden Kampagnen der extremen Rechte aber vor allem gegen die Einwanderung von Muslimen. Wie wird das Thema durch die sogenannte Neue Rechte aufgegriffen, die als Ideologielieferant und Stichwortgeber der jüngeren Protestbewegungen von rechts gilt? Wie wird in diesem politischen Milieu eigentlich über ‘den Islam’ gesprochen? Und welche Schlussfolgerungen werden daraus gezogen?

Ein Ergebnis sei bereits vorweggenommen: den rechten Anti-Islam-Kampagnen geht es weder um eine nüchterne Kritik an problematischen Positionen im politischen Islam noch um Religionskritik im Sinne der Aufklärung. An der notwendigen gesellschaftlichen Debatte, wo die Grenzen zwischen Staat und Religion verlaufen, welche Probleme sich durchaus aus einer zunehmenden Präsenz religiösen Lebens in der Öffentlichkeit ergeben können, wie mit diesen umzugehen ist oder generell wie religiöse Überzeugungen in einer pluralen, weltoffenen und demokratischen Gesellschaft gelebt werden können, hat sie überhaupt kein Interesse.

Was ist und will die ‘Neue Rechte’?

In der medialen Debatte wird das Wortpaar uneinheitlich gebraucht und zuweilen synonym für ‘neue Rechte’ verwendet. Hierunter werden dann

jene Akteure der extremen Rechten gefasst, die wegen ihrer Performance oder Selbstdarstellung und ihrer scheinbar ‘modernisierten’ Positionen von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) oder den neonationalsozialistischen sogenannten Freien Kameradschaften unterschieden werden. Doch eigentlich geht es bei der ‘Neuen Rechten’ um etwas Anderes: Für den Publizisten Volkmar Wölk ist sie „ein Sammelbegriff für ideologische Erneuerungsbestrebungen der europäischen extremen Rechten ab Beginn der 1960er Jahren, die sich in Denkzirkeln und um Zeitschriften organisieren. (...) Wesentliche Denkansätze übernahmen die jungen Aktiven von Denkern der antidemokratischen europäischen ‘Konservativen Revolution’, die sie wiederentdeckten oder erstmals übersetzten.“¹

Insgesamt fördert eine genaue Betrachtung der heutigen „publizistischen und organisatorischen Plattformen“ der ‘Neuen Rechten’ eine



Die pure Anwesenheit von Muslimen in Deutschland wird von Rechten „als Bedrohung des ‘eigenen’ Raums, Besitzes und der Gruppe gewertet“. (Foto: © CC0 Pixabay)

„diffuse weltanschauliche Mischung zutage (...). Sie schließt ein nationalkonservatives Spektrum ebenso ein wie nationalrevolutionäre und nationalsozialistische Akteure, mitunter bietet sie sogar mystisch-esoterischen Belangen Raum“.²

Ihre Anhänger*innen schmücken sich mit Adjektiven wie patriotisch, heimatverbunden oder konservativ. Erkennbar wird oftmals die „Taktik, unter der Fahne des Konservativen die Grenzen bis weit in faschistisches Gelände hinein zu verschieben“.³ Der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn fasst die wesentlichen Ziele der sogenannten ‘Neuen Rechten’ wie folgt zusammen: Es gehe ihr um „die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) ‘kulturellen Hegemonie’“.⁴

Im Gegensatz zu Realpolitik, so Helmut Kellershohn, „bewegt sich Metapolitik (...) auf der Ebene einer Prinzipienlehre des Politischen (...). Auf diesem Feld der Sinngebung sucht die Neue Rechte durch eine Revolutionierung der in einer Gesellschaft vorherrschenden Überzeugungen (‘Kulturrevolution von rechts’) hegemonial zu werden“. Die eigenen Ideen sollen erfolgreich in der Gesellschaft durchgesetzt werden. Einher geht dies mit der „Revitalisierung eines Weltanschauungsangebotes, das man idealtypisch unter dem Begriff des völkischen Nationalismus zusammenfassen könnte“. Zu dessen Kernelementen gehören Helmut Kellershohn zufolge: ein ausgesprochener Antirationalismus, Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit, „ein Verständnis von Volk als Abstammungsgemeinschaft, die Konstruktion der

Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der Nation [beziehungsweise] Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen, ein autoritäres Staatsverständnis mitsamt Elite- und/oder Führerkult, die Heroisierung des nationalidentitären, dienstbaren und opferbereiten Bürgers/Volksgenossen, ein dichotomisches Freund-Feind-Denken, ein biopolitisches Verständnis des 'Volkskörpers' und der Primat der Außenpolitik, basierend auf der Idee des nationalen Machtstaates".⁵

Auch der Umgang mit Religion muss in diesem Kontext betrachtet werden. Denn es geht der 'Neuen Rechten' grundsätzlich und vor allem um „eine Resakralisierung der Politik, die aber nicht einfach gleichzusetzen ist mit einer reinen (...) Umkehrung der Aufklärungs- und Säkularisierungsprozesse (...), sondern diese vielmehr in die Weltbildformulierung einbezieht, sich damit also nicht nur gegen den Prozess der Säkularisierung, sondern zugleich auch gegen den der Individualisierung von Religion wendet“.⁶ Glaube und Mythos erfüllen hier „lediglich eine funktionale Rolle“, sie nehmen „die Rolle der emotionalen Sinnstiftung“ ein.⁷

Der Islam - Zwischen Vorurteil und Verschwörungsdenken

Ausgehend von der Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen aber auch als Reaktion auf den realen internationalen Dschihadismus beziehungsweise den islamistischen Terror und seine mediale Rezeption wurde – unter dem Schlagwort Islamisierung – das Narrativ einer grundsätzlichen Bedrohung westlicher Gesellschaften durch 'den Islam' zu einem der zentra-

Dr. Christoph Kopke ist Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement.

len Kampagnenthemen der neuen rechten Protestbewegung gemacht. Einhergehend und geht dies mit der Mobilisierung zahlreicher Vorurteile und Ressentiments gegen tatsächliche und vermeintliche Muslime. Entgegen aller notwendigen Binnendifferenzierungen werden sie als quasi monolithische Einheit präsentiert. Zur Abgrenzung gegenüber 'dem Islam' wird in den öffentlichen Debatten oft eine widersprüchliche Mischung aus selektiver Lesart des Grundgesetzes, einem vagen Bekenntnis zum Christentum und dem Mythos vom jüdisch-christlichen Abendland formuliert. Als Begründung für eine angeblich prinzipielle kulturelle Unvereinbarkeit 'des Islams', wird auf ihn das Konzept einer feindlichen politischen Ideologie übertragen: „Der Islam ist keine Religion wie das katholische oder protestantische Christentum, sondern intellektuell immer mit der Übernahme des Staates verbunden“, behauptete etwa Alexander Gauland, aktuell Ko-Fraktionsvorsitzender der Partei Alternative für Deutschland (AfD), im April 2016. Deswegen sei „die Islamisierung Deutschlands eine Gefahr“.⁸ Diese „völkisch grundierte Angst vor einer Islamisierung Europas“ kann dabei aber „suggestiv an die reale Bedrohung durch islamistischen Terrorismus anschließen (...) und gerade durch diese Vermischung von Fiktion und Realität intuitive Wirkmächtigkeit“ entfalten.⁹

‘Wirkliche’ und ‘absolute’ Feindschaft

In seiner Überblicksdarstellung der sogenannten Neuen Rechten hat der Historiker Volker Weiß auf die auf Carl Schmitt zurückgehende Unterscheidung von „wirklicher“ und „absoluter“ Feindschaft¹⁰ hingewiesen: „Im ersten Fall hat der Gegner eine ‘wirkliche’ fremde Identität, die die eigene herausfordern mag, die aber auch zu schlagen ist. Im zweiten Fall wird die Auflösung des ‘Eigenen’ ins absolute Nichts gefürchtet.“¹¹ Der ‘wirkliche’ Feind ist sichtbar, er ist ‘der Fremde’, „die Gestalt des muslimischen Flüchtlings und Einwanderers – wie sie [die Akteure der ‘Neuen Rechten’, Anm. d. Verf.] ihn wahrnehmen. Er ist kenntlich nicht zuletzt durch (...) eigene Identitätsmerkmale und er wird als Bedrohung des ‘eigenen’ Raums, Besitzes und der Gruppe gewertet.“¹² Diese ‘wirkliche’ Feindschaft kann erklärt, aber auch beendet werden, „da sie an Interessen orientiert ist, vor allem an der Verteidigung des Raumes“. Sie kann – wortwörtlich – an Grenzen haltmachen. Geistig „kann [sie] traditionell aufgeladen sein, wie der Konflikt des ‘Morgenlandes’ mit dem ‘Abendland’. Sie kann uralte sein und je nach Lage lange dauern. Sie kann aber auch enden, sobald ihr Anlass wegfällt. So gibt es kaum Stimmen in der ‘Neuen Rechten’, die eine grundsätzliche Feindschaft zum Islam proklamieren. Der Anlass der Abneigung ist lediglich die Präsenz des Islam im europäischen Großraum.“¹³ In seinem ihm zugewiesenen Raum jedoch, wird dem Islam durchaus eine ‘fremde’ Identität zugestanden. Der ‘absolute’ Feind hingegen ist nicht eindeutig mit dem Auge auszumachen. „Ihn gilt es

als Prinzip zu bekämpfen, nicht nur als Erscheinung“. Der ‘absolute’ Feind wird im „westlichen Universalismus (mit seinen Erscheinungsbildern Liberalismus und früher Marxismus)“ ausgemacht.¹⁴ Alain de Benoist, prominentester Vordenker der französischen ‘Neuen Rechten’, macht im Aufstieg ‘des Islams’ zur politischen wie kulturellen Konkurrenz das Symptom einer durch den westlichen Universalismus angeblich geschwächten Gemeinschaft aus: „Die größte Bedrohung unserer Identität ist keine andere Identität, sondern der politische Universalismus in allen seinen Formen, der die Volkskulturen und unterschiedlichen Lebensstile bedroht, und der sich anschickt, die Erde in einen homogenen Raum zu verwandeln.“¹⁵ Im Denken der extremen Rechten haben die Deutschen die „moralische Vernichtung der ‘eigenen’ Kultur“ (...) nicht durch islamische Einwanderer erlitten. Diese sind vielmehr nur eine Folge der Niederlage, die der ‘Amerikanismus’ 1945 dem Reich des ‘Eigenen’ bereitete und mit dem Kulturwandel von 1968 ff. besiegelte.“¹⁶ Unschwer sind hinter den Schlagworten ‘Amerikanisierung’, ‘1968’ oder ‘westlicher Universalismus’ die nach wie vor vorherrschenden antisemitischen Denkfiktionen erkennbar. In ihrer Projektion von der zersetzenden und zerstörerischen Wirkung des (lies: jüdischen) ‘westlichen Liberalismus’ stehen sich neue ‘Neue Rechte’ und radikaler Islamismus durchaus nahe.

Paranoia und Projektionen

Der augenfällige antimuslimische Rassismus und die in der extremen Rechten verbreitete Paranoia einer gezielten islamischen Unterwanderung der Gesellschaft verleiten zu der

Annahme, dass auch die sogenannte Neue Rechte die zweitgrößte Weltreligion zum Gegner erster Ordnung erkoren hat. „Bei einer genauen Analyse stellt sich jedoch schnell heraus, dass die Abneigung meist weniger dem Islam, sondern in erster Linie der ‚ethnischen Bedrohung‘ durch Einwanderung gilt, die mit den Begriffen ‚Austausch‘ und ‚Umvolkung‘ gefasst werden soll.“¹⁷

Samuel Salzborn bezeichnet diese ambivalente Grundhaltung als „furchtvolle Faszination“: Auf der einen Seite begreift man, „dass vom politischen Islam für Deutschland und Europa aufgrund dessen politischen Herrschafts- und religiösen Monopolanspruchs eine Gefahr ausgeht, auf der anderen Seite bewundert man aber die Rigorosität und Beharrlichkeit im Islam, an seinem antimodernen Weltbild trotz aller Widersprüche und Konflikte festzuhalten“.¹⁸ Noch zugespitzter formuliert es Salzborn an anderer Stelle: Es „findet sich im Rechtsextremismus neben einer antimuslimischen Agitation, die antiislamisch formuliert, was rassistisch gemeint ist, gleichermaßen eine proislamische Grundhaltung, die die weltanschaulichen Gemeinsamkeiten von völkischem Denken und radikalem Islamismus betont und den Islam wegen seines Postulats einer homogenen Gemeinschaft sowie seines Antisemitismus und Antifeminismus bewundert“.¹⁹ Diese in der ‚Neuen Rechten‘ verbreitete Form der „Hassliebe auf der Basis gemeinsamer grundlegender Werte“²⁰ ist somit Ausdruck eines verbreiteten Zerrbildes des (politischen) Islams, welches gleichermaßen als Projektionsfläche sowohl für eigene Ängste als auch für Sehnsüchte dient.

Der Text ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung von: Kopke, Christoph: Vertrauter Feind? Zeitgenössische Diskurse über „den Islam“ in der „Neuen Rechten“, in: Ligante. Fachdebatten aus der Präventionsarbeit. Heft 2, Hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V., Berlin 2019, S. 19-26.

Anmerkungen

- 1 Wölk, Volkmar: Neue Rechte. In: Klaus Ahlheim / Christoph Kopke (Hrsg.): Handlexikon Rechter Radikalismus. Ulm 2017, S. 102-104, hier S. 102 f.
- 2 Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart 2017, S. 30.
- 3 Ebenda, S. 39.
- 4 Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim 2017, S. 35.
- 5 Kellershohn, Helmut: Die Neue Rechte: wo sie herkommt, was sie will, wohin sie geht (2017). <http://www.diss-duisburg.de/2017/07/helmut-kellershohn-die-neue-rechte/> [letzter Abruf: 26.2.2019].
- 6 Salzborn, Angriff der Antidemokraten, S. 80f.
- 7 Ebenda, S. 84 f.
- 8 Zitiert nach: Kopke, Christoph / Lorenz, Alexander: Die Verschwörungsmythen der Rechten. In: Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit / Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg (Hrsg.) Die neue Bewegung von rechts. Dokumentation der Tagung am 29. April 2017 in Potsdam. Potsdam 2017, S. 27-33, hier S. 31.
- 9 Salzborn, Samuel: Vom rechten Wahn. „Lügenpresse“, „USrael“, „Die da oben“ und „Überfremdung“, in: Mittelweg 36 (2016), Nr. 6, S. 76-96, hier S. 84.
- 10 Vgl. Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 213.
- 11 Ebenda, S. 227.
- 12 Ebenda, S. 213.
- 13 Ebenda, S. 214.
- 14 Ebenda, S. 218.
- 15 Zitiert nach: ebenda, S. 219.
- 16 Ebenda, S. 216.
- 17 Ebenda, S. 211 f.
- 18 Salzborn, Angriff der Antidemokraten, S. 88.
- 19 Salzborn, Vom rechten Wahn, S. 84.
- 20 Weiß, Die autoritäre Revolte, S. 221.

Daniela Wakonigg

Neulich ...

... im Land der Weihwasserspender

Wir schreiben das Jahr 2020. Auf der ganzen Welt forschen Wissenschaftler nach Möglichkeiten, das Coronavirus medizinisch zu besiegen. Währenddessen kämpft die Kirche mit ganz anderen Problemen. Auch mit dem Imageverlust durch den Missbrauchsskandal und dem rasanten Verlust ihrer Mitglieder, klar: Viel wichtiger scheint Kirchenmenschen derzeit jedoch eine andere Frage: Wie kann Weihwasser in Coronazeiten optimal an die Gläubigen gebracht werden?

Ja genau, Weihwasser, dieses Zeug, dem eine Studie 2017 attestierte, was jeder, der jemals seine Finger in das müffelnde Nass getunkt hat, schon lange wusste: es ist eine Keimschleuder. Ein Milliliter Weihwasser enthält bis zu 21.000 Keimen. Eine bekannte Tatsache, die die Kirchen am Beginn der Corona-Pandemie dazu veranlasste, ihre Weihwasserbecken zu leeren. Denn während man dem Heiland anscheinend zutraute, die übliche Virenlast der Weihwasserbrühe in Schach halten zu können, war der Glaube an die antiseptischen Kräfte des Herrn in Bezug auf das Coronavirus offensichtlich nicht besonders stark ausgeprägt.

Es wäre der geeignete Zeitpunkt gewesen, den mittelalterlichen Klimbim mit dem vermeintlich segensreichen Wasser endlich vollständig abzuschaffen. Oder gar noch einen Schritt weiterzugehen und den eigenen Glauben zu hinterfragen, der einen allmächtigen Gott beschwört, welcher sogar gegen

ein winziges Virus ohnmächtig zu sein scheint. Doch all das geschah nicht. Doch stattdessen tüftelten Christenmenschen lieber daran, Weihwassernutzung coronasicher zu machen.

Geistliche in den USA zeigten sich hierbei höchst kreativ, indem sie bei Segnungen und Taufen das Weihwasser unter Wahrung sozialer Distanz per Wasserpistole an Segnungswillige und Täuflinge brachten. In Deutschland ging man das Problem nüchterner und mit Hilfe findiger Unternehmer an. So gibt es hierzulande im Handel inzwischen tatsächlich verschiedene Angebote für kontaktlose oder kontaktarme Weihwasserspender. Die meisten von ihnen sind Seifen- oder Desinfektionsmittelspendern nachempfunden, die im klinischen Bereich genutzt werden. Einfache Modelle verspritzen das zuvor eingefüllte Weihwasser per Finger- oder Ellenbogendruck. Die Firma Infratronic hat sogar einen berührungslosen Weihwasserspender im Angebot, dem – nach Aussage der Firma – andere Modelle „nicht das Weihwasser reichen können“. Per Sensor ermittelt das Gerät, ob eine segnungswillige Hand in Reichweite ist, und spritzt sodann jedem Anwender berührungslos 0,7 ml Weihwasser in die Handinnenfläche.

Einen anderen Weg ging das Oberpfälzer Start-up-Unternehmen Footec, das üblicherweise Soßenspender für die Gastronomie verkauft. Auf der technischen Grundlage der Soßenspender hat man dort einen Weihwasserspender für Kirchen entwickelt, der über einen Fußschalter betätigt wird. Der Hit des Produkts: Auf Wunsch kann in den Weihwasserspender auch ein Opferstock integriert werden.

Moctezuma II. - Gedenken zum 500. Todestag

Am 29./30. Juni (nach julianischem Kalender) jährte sich zum 500. Mal der Tag des dramatischen Todes des letzten Aztekenherrschers Moctezuma, der von 1467 bis 1520 lebte und insgesamt ca. 18 Jahre sein Volk regierte. Der „Fall Moctezuma“ ist ein anschauliches Lehrstück, wie Diffamierung und Desavouierung historischer Gestalten vonseiten europäisch-christlicher Propaganda mit Langzeitwirkung funktioniert.

Gigantische Menschenopfer – das ist meist allererste Impression in medialen Darstellungen über die Azteken (Mexika). „Die Azteken-Kultur beruhte auf Gewalt. ... Moctezuma, der Herrscher, duldeten keinen Widerspruch“, informiert *stern.de*¹ anlässlich einer Moctezuma-Ausstellung 2010 im British Museum. „Für die Nachbarvölker der Azteken, die jahrzehntelang unter den blutrünstigen Raubzügen litten, war es eine Erlösung“ – dass endlich die europäischen „Befreier“ auf den Plan rückten!

„Sieger der Geschichte sehen anders aus!“, deklariert *tagesspiegel.de*,² um dann aber ganz sachlich festzustellen: „Das Problem ist nur: Die Spanier, die Moctezuma erst gefangennahmen und dann sein Reich brutal zerstörten, haben ganze Arbeit geleistet. Kaum schriftliche Quellen sind überliefert aus der Zeit vor ihrem Einfall, alles ist entweder die spanische Perspektive (...) oder die mühsame Rekonstruktion späterer Generationen (...).“

Und dazwischen viel Platz für Schwarz-Weiß-Malerei. Vom Aztekenbezwinger Hernán Cortés sagt sein Gefolgsmann Bernal Díaz del Castillo:

„Er hatte den Ehrgeiz, in allen Dingen den großen König Alexander nachzuahmen. Sein Machtstreben kannte keine Grenzen.“ Huch – genau das, was man dem „absolutistischen“ Moctezuma vorwirft! Tja, was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochs noch lang nicht erlaubt – vor allem wenn es ein ungetaufter Ochs ist...

Schon allein war es eine Zumutung für die Konquistadoren festzustellen, dass sie einer Hochkultur gegenübertraten. Tenochtitlan, Hauptstadt in einer riesigen Lagune und Vorgängerin von Mexiko-Stadt, war eine strahlende Metropole mit um die 100.000 Einwohnern, gepflegten Stadtvierteln, Kanälen und wundervollen Gärten, von den imposanten Sakralbauten ganz zu schweigen. „Wenn man bedenkt, dass diese Barbaren so weit von der Kenntnis Gottes und jeder Verbindung zu anderen vernunftbegabten Nationen entfernt sind, so ist es bewundernswert, mit wie viel Verstand sie an alle Dinge herangehen“, muss Cortés eingestehen.

Und nun musste erst recht die Propagandamaschine angeworfen werden, um die Eliminierung einer solchen

Xaltelolco.



Darstellung der Eroberung Mexikos durch Hernán Cortés aus dem 16. Jahrhundert (Lienzo de Tlaxcala).
(© Wikimedia Commons)

Kultur daheim zu rechtfertigen (denn in Spanien war längst nicht jeder mit Cortés eigenmächtigem Treiben einverstanden). „Die Darstellung von Cortés ist ebenso heroisch wie ‘politisch korrekt’ und ein visuelles Spektakel, das Hollywood würdig gewesen wäre“, resümiert Serge Gruzinski.³ „Um seine Aktionen vor der Krone, der Justiz und den Theologen zu rechtfertigen“, konstruierte Cortés einen Mythos, demzufolge sich Moctezuma den Ankömmlingen bereitwillig unterwarf, da er ihre Legitimität aufgrund uralter Weissagungen etc. anerkannte: „Moctezuma sagte einmal, dass ihm die

Gefangenschaft gar nicht so unangenehm sei. Unsere Götter hätten uns ja dazu die Macht gegeben, und seine Götter hätten nichts dagegen unternommen. Cortés und Pater Bartolome nutzten diese Bemerkung natürlich gleich aus, um dem Fürsten noch einmal die Grundsätze unserer heiligen Religion klarzumachen.“ (Díaz del Castillo⁴). Ja, klar: Musketen und Kanonen versus Obsidianbeile, eine eindeutige Sache. Zweifellos hätte Cortés auch klein beigegeben, wenn ein Dutzend Leopard-Panzer auf ihn zugerollt wären ...

Und so bekehrungswillig war Moctezuma (trotz Feuerwaffenterror)

durchaus nicht: „Ich habe über meine Diener vernommen, was Ihr über diese Götter und das Kreuz gesagt habt (...) Wir haben nichts darauf geantwortet, denn hier haben wir immer unsere eigenen Götter verehrt und für gut befunden.“ (Díaz del Castillo) Ferner verbat sich Moctezuma weitere Schmähungen seiner Götter durch die Gäste.

Er war immerhin seit fast zwei Jahrzehnten am Ruder, übrigens demokratisch von einem Ältestenrat gewählt, ein erfahrener Herrscher, exzellenter Redner und mit der höchsten priesterlichen Autorität versehen. Wie jeder Inhaber einer Machtstellung hatte auch er zweifellos seine Schattenseiten – dazu zählten jedoch gewiss nicht Feigheit und Naivität, die ihn in den Augen der Spanier und der politischen Gegner unter seinen Landsleuten die Nerven verlieren lassen, so dass er handlungsunfähig alles über sich ergehen lässt, um schließlich von seinen eigenen Leuten verächtlich gesteinigt zu werden.

Wir stehen in der Verantwortung, der Geschichte und ihren Akteuren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das Zerrbild Moctezumas II. hat hier und da Löcher, durch die ein großer, tragischer Herrscher hindurchschimmert. Dazu gehört folgende Anekdote:

„Gelegentlich einer Jagd betrat er einen Garten und pflückte, einer Laune folgend, einen reifen Maiskolben. Dann betrat er das Haus des Besitzers, fand es aber leer... Schließlich stellte sich der Besitzer vor und machte eine tiefe Verbeugung. Darauf fragte der Mann zu Moctezumas Überraschung, wie er dazu käme, einen gestohlenen Maiskolben in der Hand zu halten. Moctezuma hatte sein eigenes Gesetz gebrochen. Der Herrscher, von dieser Rüge verblüfft, bestand darauf,

Sabine Lippert M.A. hat Alte Geschichte und Latein studiert. Sie widmet sich unterschiedlichen historischen Themengebieten und hat die zwei Sachbuch-Biografien *Die Akte Edward Low. Biografie eines Piraten* und *Ivar der Knochenlose. Ein Wikingerkönig und seine Zeit* verfasst.

seinen Mantel, der den Wert eines ganzen Dorfes darstellte, als Geschenk dazulassen. ... [Moctezuma verkündet]: ‘Dieser armselige Bursche hat mehr Mut und Willenskraft als alle (...), denn er hat es gewagt, mir zu verstehen zu geben, dass ich mein Gesetz gebrochen habe, und er hat recht’“, erzählt die *Cronica Mexicana*. Nigel Davies⁴ fügt hinzu: „Moctezuma war so sehr auf die Unbestechlichkeit seiner Richter bedacht, dass er sich (...) verkleidete, um ihr Verhalten zu prüfen.“

Das Schicksal hat Moctezuma insofern gnädig behandelt, als es ihm ersparte, die totale Zerstörung der Hauptstadt Tenochtitlan sowie anschließende weltanschauliche Indoktrination seines Volkes mitzuerleben. Die Ereignisse des Jahres 1520 im Tal von Mexiko und ihre Folgen gehören zu den am schwersten verdaulichen Episoden der Geschichte.

Anmerkungen

- 1 Fuchs, Cornelia: Auf den Spuren der Azteken, www.stern.de, 10.2009, Zugriff am 17.6.2020.
- 2 Tilmann, Christina: „Er, der spricht“, www.tagesspiegel.de, 28.9.2009, Zugriff am 17.6.2020.
- 3 Gruzinski, Serge: Drache und Federschlange, Frankfurt 2014, S. 118.
- 4 Alle Zitate von Díaz del Castillo nach: Bernal de Díaz del Castillo: Die Eroberung von Mexiko (Buchbesprechung), in: kapitel7.de, 6.8.2018.
- 5 Davies, Nigel: Die Azteken, 1973, S. 197.

Rheinischer Merkur und Altöttinger Liebfrauenbote

Kronzeugen für den Untergang des traditionellen Katholizismus

Der Schwund der Katholiken in Deutschland ist zwar allgemein bekannt, steht aber im Schatten des noch auffälligeren Rückgangs bei den Protestanten. Tatsächlich kommt es in der katholischen Kirche aber nicht so sehr auf den statistisch erfassbaren Rückgang an, obgleich dieser mit 2 bis 2,5 Millionen Mitgliedern pro Jahrzehnt auch nicht unerheblich ist. Viel schwerer wiegt der Verlust der erzkonservativen Anhänger, denen ein Wort des Papstes, manchmal sogar schon des Bischofs, als Beweis für die Richtigkeit der katholischen Überzeugung galt. Diese gleichzeitig blindgläubige und oft aggressiv-fanatisch auftretende Klientel ist am Verschwinden.

Ihren letzten großen Auftritt hatte sie 1995 bei der großen Demonstration in München gegen den Kruzifixbeschluss des Bundesverfassungsgerichts, als immerhin 23.000 Teilnehmer mobilisiert werden konnten. Die meisten gehörten allerdings einer Altersgruppe an, die heute ihren Wohnsitz im Pflegeheim oder auf dem Friedhof hat. Der Nachwuchs hingegen bleibt bis auf seltene Ausnahmen fern. Im Unterschied zu jungen Protestanten eint die jüngeren Katholiken – egal ob sie in Verbänden organisiert sind oder nicht – das Bestreben, ja nicht altmodisch oder rückwärtsgewandt zu erscheinen. Auch deshalb sind sie für CSU und CDU nicht mehr die sichere Bank wie vor 50 Jahren. Nach wie vor wählen kirchentreu Katholiken zu 75 und kirchenverbundene Protestanten zu 65 Prozent die C-Parteien, Frauen übrigens noch mehr als Männer. Aber diese Klientel hat z.B. in Bayern seit der Volkszählung

1987 von 30 auf acht Prozent abgenommen, der Anteil der Konfessionslosen umgekehrt ist von acht auf 30 Prozent gewachsen. Seit 2014 wächst der Anteil der Konfessionsfreien in Bayern überdurchschnittlich stark um 1,2 bis 1,5 Prozentpunkte jährlich. Dort aber wird die CSU nur von 20 Prozent gewählt. (Bei der Landtagswahl 2018 wurde sie mit 19 Prozent von den Grünen sogar um sieben Punkte distanziert.)

Wie sehr die traditionellen Katholiken am Aussterben sind, zeigt sich neben dem Priestermangel vor allem am Aufgangschwund konservativ-katholischer Zeitungen. Das letzte Bollwerk unter den Tageszeitungen, die Würzburger *Tagespost*, erschien seit den achtziger Jahren nur noch dreimal wöchentlich und seit kurzem nur noch als Wochenzeitung mit einer Mini-Auflage von 11.000. Bekannter waren zwei andere Wochenzeitungen. Der *Rheinische Merkur*, die Lieblingszeitung

Konrad Adenauers, verbuchte in ihrer Glanzzeit eine Auflage von rund 200.000, wobei allerdings ein Teil in der Bundeswehr gratis abgegeben und letztlich vom Staat gesponsert wurde. Als sie 2010 aufgab, hatte sie noch 36.000 Abonnenten. Der *Altöttinger Liebfrauenbote*, das Flaggschiff des urbayerischen Katholizismus, kam in seiner Glanzzeit gleichfalls auf eine sechsstellige Auflage, die allerdings schon beim hundertjährigen Jubiläum 1995 auf 40.000 geschrumpft war. Zum 125. Geburtstag haben nun noch genau 7161 Abonnenten überlebt, was die *Süddeutsche Zeitung* am 13. Mai zu dem süffisanten Titel „Botschaft für den frommen Rest“ veranlasste.

Nicht ganz so aussagekräftig ist die schwindende Gesamtauflage bei den Kirchenzeitungen, die eher als Aushängeschilder der gesamten Mitgliedschaft gelten sollen. Auch sie haben mit dem Wegsterben der Treuesten unter den Anhängern zu kämpfen. Aber schon seit geraumer Zeit versuchen die Bistümer ihre Presseerzeugnisse so zu gestalten, dass sie auch das nicht so dogmatische Publikum ansprechen. So kommen dort auch kircheninterne Protestgruppen zu Wort wie etwa „Maria 2.0“ oder „Wir sind Kirche“, die auf diese Weise noch in der Kirche gehalten werden können, auch wenn sie letztlich nichts bewegen. Allerdings haben die Bistümer hier ein anderes Problem, das z.B. auch die CSU zur Einstellung des *Bayernkurier* bewogen hat: Jüngere Menschen, auch solche katholischen Glaubens, sind nicht mehr so stark auf Printmedien fixiert und selten auf bischöfliche Amtsbühnen ansprechbar. Einzelne Bistümer haben daraus die Konsequenz gezogen und verzichten ganz auf Kirchen-

Gerhard Rampp ist ständiger Mitarbeiter der MIZ. Seit vielen Jahren betreut er die Rubrik *Internationale Rundschau*. In MIZ 1/20 schrieb er über das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Sterbehilfeverhinderungsparagrafen 217 StGB.

zeitungen, nicht aber auf modernere Informationskanäle. Daher hat der Aufwandschwund von 1,5 Millionen (1990) auf 450.000 (2018) hier teilweise auch andere Ursachen. Diese gelten übrigens ähnlich auch für evangelische Kirchenzeitungen, die überwiegend nicht betont konservativ sind und deren Auflage im gleichen Zeitraum auch von rund einer Million auf 400.000 geschrumpft ist. Berücksichtigt man die generell rückläufigen Mitgliederzahlen der Kirchen, ist hier der Schwund aber merklich geringer als bei spezifisch konservativ-katholischen Wochenzeitungen.

Doch zurück zum katholischen Urgestein aus Altötting: Einer der treuesten verbliebenen Leser des *Liebfrauenboten* sitzt im Vatikan, verdankt er ihm doch seine Existenz. 1920 gab der 43-jährige Gendarm Joseph Ratzinger dort nämlich eine Annonce auf. Er suchte zwecks Eheschließung ein „katholisches Mädchen, das kochen und nähen kann“. Prompt meldete sich ein 36-jähriges Mädchen, das er drei Monate später heiratete und welches ihm sieben Jahre später einen Sohn gebar, der manchen bayerischen Katholiken ein Messias und den anderen ein Papst wurde.

So schrieb der *Liebfrauenbote* Geschichte, ehe er selbst bald Geschichte wird. Ob der vorkonziliare Traditions-katholizismus in Mitteleuropa als „Sekte in der Kirche“ weiterleben kann, ist zweifelhaft. Seine Zukunft hat er in Afrika, Lateinamerika und Asien.

Rezension

Stefan Busch: *Rituale im Übergang. Über Taufen und Trauerfeiern in der konfessionsfreien Gesellschaft.* Herausgegeben und mit einem Nachwort von Horst Groschopp. Aschaffenburg 2020, Alibri Verlag. 146 Seiten, kartoniert, Euro 17.-, ISBN 978-3-86569-211-5

Anstoß zu diesem Buch, so der Autor (Philosoph, Germanist und Historiker), war ein familiäres Dilemma: der Wunsch des Sohnes nach Taufe – in einer Familie, die sich aus der Kirche zurückgezogen hatte. Wie ein dokumentiertes Gespräch mit einem „kirchenfernen“ Paar zeigt, hat Stefan Busch damit ein für viele Familien relevantes Problem aufgegriffen. Für ihn begann damit das Nachdenken (und letztendlich Aufschreiben) über den Rückgang der Bedeutung von (christlicher) Religion in Deutschland bei gleichzeitiger Beibehaltung vieler ihrer Rituale. Wie lässt sich dieser Widerspruch erklären, was sind seine Ursachen? Der Autor beschreibt diese Entwicklung aus altbundesdeutscher Perspektive – Horst Groschopp (Kulturwissenschaftler) fügt in seinem Nachwort die Sichtweise aus den neuen Bundesländern an.

Das Buch beginnt mit einer Wegbeschreibung „in die konfessionsfreie Gesellschaft“ seit den 70er Jahren. Wie bei einem Philosophen nicht anders zu erwarten werden dabei auch die Begriffe „säkular“, „konfessionsfrei“ und „humanistisch“ beleuchtet. Das ist insofern wichtig, da diese in der Alltagskultur leider häufig undifferenziert verwandt werden und damit zu Verwirrung führen. Gleichzeitig erläutert er (S. 33), warum Kirchenaustritt nicht automatisch Eintritt in eine humanistisch-säkulare Organisation be-

deutet. Damit steht auch die Frage nach deren Mandat bzw. erklärt sich die Illusion vieler VertreterInnen säkularer Einrichtungen bezüglich schnellen Mitgliederwachstums. Seiner Meinung nach wird Säkularisierung auch häufig mit Pluralisierung verwechselt (S. 45).

Weiterhin erläutert Busch, warum für viele Menschen zwar der „rituelle Vollzug“ wichtig ist, nicht aber dessen christliche Bedeutung. Dabei spielen nicht zuletzt die nichtkommerzielle Organisation kirchlicher ritueller Dienstleistungen eine Rolle. Diese Facette kann man momentan in Sachsen-Anhalt sehr gut an Hand einer steigenden Zahl von unentgeltlichen durch die katholische Kirche angebotenen „Lebenswendefeiern“ im Verhältnis zu den rückläufigen Zahlen für entgeltlich angebotene Jugendweihen bzw. -feiern beobachten. Während sich hier jedoch zumindest ein säkulares Ritual inzwischen fest etabliert hat, sieht dies bei der Taufe schon anders aus. Säkulare Namensgebungsfeiern finden eher marginal statt.

Der Autor hat daher mit seinen Überlegungen ein wichtiges Feld für Diskussionen eröffnet: Warum braucht eine Gesellschaft Rituale? Wie sollten diese im 21. Jahrhundert gestaltet werden? Welche Rolle spielen welche Institutionen dabei? – So gab es z.B. nach dem Schulmassaker in Erfurt Stimmen, die beklagt haben, dass die gemeinsame Trauerfeier für alle Betroffenen in einer Kirche mit deutlich dominierendem christlichen Ritus stattgefunden hat – welche anderen Orte hätte unsere moderne Gesellschaft anzubieten gehabt?

Beide Autoren eröffnen also ein weites Feld für spannende Debatten.

Viola Schubert-Lehnardt

Internationale Rundschau

Europa

Deutschland

(5296) **Münster.** Die Anfälligkeit von Religiösen für nationalistische, völkische und generell dogmatische Ideen war zentrales Thema der Tagung „Kirche, Theologie und AfD“ an der Universität Münster. Die Leiterin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften Heimbach-Steins forderte die Katholiken auf, sich mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen in der katholischen Kirche selbst auseinanderzusetzen. In der Debatte bestehe manchmal die Gefahr, „dass wir nur nach außen gehen“. Dies bestätigte auch der Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechts extremismus, Andreas Belz. Positionen der AfD fänden sich auch innerhalb der Gemeinden. „Wir müssen auch hinter der eigenen Tür kehren“.

Der FDP-Wirtschaftsminister in Rheinland Pfalz, Hubert Wissing, will hingegen Kontakte zu rechten Kreisen in der katholischen Kirche weiter pflegen. Der Leiter der Arbeitsgruppe „Kirche und Gesellschaft“ im *Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)* meinte, das *ZdK* stehe in der Verantwortung, die Katholiken in Deutschland möglichst breit zu repräsentieren. (*Evangelischer Pressedienst*, 19.1.20)

Anm. *MIZ-Red.*: Ein grundsätzliches Dilemma können auch die gutwilligsten Christen nicht beseitigen: Wenn Religiöse ihren Glauben ernst nehmen, kommen sie nicht umhin, metaphysi-

sche Spekulationen als Tatsache anzunehmen. Dann aber können sie schlecht anderen vorhalten, Fake News für wahr zu halten. Das tun sie ja selbst letztlich auch.

(5297) **Berlin.** Der *Förderkreis Alte Kirchen Berlin-Brandenburg* hat 30 Jahre nach seiner Gründung Bilanz gezogen. Rund 80 Prozent der 1400 Dorfkirchen seien „grundlegend instandgesetzt“ worden. Dazu habe der Verein fast zwei Millionen Euro beigetragen. Nun stelle sich aber die Frage, wer die Kirchen angesichts schrumpfender Gemeinden noch besuchen solle. Die Nutzung für Kulturveranstaltungen komme zwar in Frage, sei aber nicht der ursprüngliche Zweck gewesen. (*KNA*, 19.1.20; *Süddeutsche Zeitung*, 20.1.20)

Anm. *MIZ-Red.*: So verdienstvoll die Aktivität dieses Vereins sein mag, der weitaus größte Teil der Förderung kommt ja von der öffentlichen Hand, die sich nun erst recht nach dem Sinn dieser Erhaltungsmaßnahmen fragen lassen muss. Statt hier einen zweistelligen Millionenbetrag zu verpulvern, wären soziale oder wirtschaftsfördernde Infrastrukturmaßnahmen weit dringlicher gewesen – was vereinzelte „Museen für historische religiöse Traditionen“ ja nicht ausgeschlossen hätte.

(5298) **Hamburg.** In einer Eilentscheidung des Hamburger Verwaltungsgerichts wurde einer 16 Jahre alten Berufsschülerin eine Vollverschleierung des Gesichts erlaubt – allerdings nur aus formalen Gründen. Das Gericht stellte fest, dass ein Eingriff in das Grundrecht der Religionsfreiheit nicht durch eine ministerielle Verordnung, sondern nur durch ein Gesetz beschlossen werden

kann. Daraufhin kündigten mehrere Bundesländer an, die Gesetzeslücke schließen zu wollen. (*Hamburger Abendblatt*, 2.2.20)

(5299) **Frankfurt.** Die seit Monaten heftig umstrittene innerkatholische Diskussionsveranstaltung „Synodaler Weg“ endete wie das Hornberger Schießen. Zwar konnten die 170 Abgesandten des Kirchenvolks zu den 60 Bischöfen offen reden, aber Ergebnisse kamen nicht heraus. Die Konservativen scheiterten zunächst mit ihrem Antrag auf Sperrminoritäten und Minderheitenschutz, aber dann wurde klar, dass nur die Anträge durchgehen konnten, denen zwei Drittel der Bischöfe zustimmten. Außerdem kann davon jeder Ortsbischof das umsetzen, was er für richtig hält. Und schließlich hat auch die Kurie noch ein Vetorecht. Am Ende fragten sich Pressevertreter und Delegierte, was die Reformdebatte eigentlich bringen sollte. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.2.20 und 16.9.19; vgl. auch die Meldung 5318 zur Amazoniensynode im Vatikan)

(5300) **München.** Das Erzbistum München und Freising lässt die Sexualverbrechen in seinem Verantwortungsbereich neu von externen Fachleuten aufarbeiten. Grundlage soll der diözesane Missbrauchsbericht von 2010 sein, der aber bis heute unter Verschluss ist. Inzwischen seien neue Fälle bekannt geworden, außerdem sollen nun auch Namen von Tätern und Vertuschern genannt werden. Auch die Rolle des späteren Papstes Josef Ratzinger, der unmittelbaren Kontakt zu einem der kriminellen Priester hatte, soll beleuchtet werden.

Auch das Erzbistum Köln wollte in einem aktualisierten Bericht Namen von Verantwortlichen nennen, machte aber inzwischen einen Rückzieher – angeblich aus Datenschutz-Gründen. (*Süddeutsche Zeitung*, 28.2. u. 10.3.20)

(5301) **Karlsruhe.** Das hessische Kopftuchverbot für Rechtsreferendarinnen ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Das hat das Bundesverfassungsgericht mit einer Gegenstimme nun entschieden. Offen bleibt aber immer noch, warum in Bayern zwar die Richter aus Neutralitätsgründen kein Kreuzchen um den Hals hängen dürfen (weil es als religiöses Abzeichen gilt), wohl aber der Staat ein großes Kreuz im Gerichtssaal anbringen darf, weil es als Kultursymbol gilt. (*Süddeutsche Zeitung*, 28.2.20)

(5302) **Berlin.** Nach fünfjährigem Rechtsstreit gegen das Erzbistum Berlin hat der konfessionslose Franzose Thomas Bores erreicht, dass er keine Kirchensteuer nachzahlen muss. Er wurde zwar in Frankreich römisch-katholisch getauft, hat aber seit jeher eine atheistische Überzeugung und trägt diese auch nach außen. Zur katholischen Kirche hatte er weder in Frankreich noch in Deutschland je einen Bezug. Im laizistischen Frankreich gibt es (außer in Elsaß-Lothringen) seit 1905 keine Kirchensteuer mehr. Ein Austritt aus der katholischen Kirche ist nach französischem Recht nicht vorgesehen. Als Bores im Jahr 2013 seinen Wohnsitz von Frankreich nach Deutschland verlegte, gab er beim Bezirksamt in Berlin an konfessionslos zu sein. Trotzdem übersandte ihm das Kirchensteueramt

einen Fragebogen zur Feststellung der Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft. Darin wurde er unter anderem nach seiner Religionszugehörigkeit, seinem Geburtsort und den Personalien seiner Eltern zum Zeitpunkt seiner Geburt gefragt. Dabei erweckte das kirchliche Amt den Eindruck eine staatliche Behörde zu sein.

Nach äußerst negativer Medienberichterstattung über den Fall hob das Erzbistum nun den Kirchensteuerbescheid auf. Es laufen aber noch ähnlich gelagerte Fälle von ehemaligen DDR-Bürgern, deren Eltern beim Austritt keine eigene Bescheinigung für das Kind beantragt hatten. Oft wissen diese Kinder nicht einmal, dass sie überhaupt getauft worden sind. (*hpd*, 2.3.20; Mitteilung des *Instituts für Weltanschauungsrecht IFW*, 29.2.20)

Anm. MIZ-Red.: Diese Fälle wären nicht möglich, wenn das Kirchensteuerrecht in zwei Punkten geändert wird: Die Kirchensteuerpflicht beginnt erst mit Vollendung des 16. Lebensjahres und mit einer eigenhändig unterschriebenen Beitrittserklärung der religionsmündigen Person, die ab Vollendung des 14. Lebensjahres abgegeben werden kann.

(5303) **Mainz.** Die deutsche Bischofskonferenz hat ihr im Herbst 2019 groß angekündigtes Versprechen einer angemessenen Entschädigung von Opfern sexuellen Missbrauchs durch Kleriker nur in stark abgeschwächter Form umgesetzt. Sie will Zahlungen nur gemäß der allgemein geltenden zivilrechtlichen Schmerzensgeld-Tabelle leisten und die Opfer mit Einmalzahlungen zwischen 5000 und 50.000 Euro abspeisen. Selbst die von

den Bischöfen eingesetzte unabhängige Arbeitsgruppe hatte Entschädigungen bis zu 400.000 Euro empfohlen. Die Opferverbände wie etwa *Eckiger Tisch* äußerten sich empört, die Presse reagierte überwiegend kritisch. Die eher konservative *Augsburger Allgemeine* schrieb z.B.: „Viele Opfer haben infolge des Missbrauchs ein verpfushtes Leben hinter sich, zu dem Brüche in der Erwerbsbiographie“ sowie Altersarmut gehörten. Andere Teile der Weltkirche sind hier zu Lösungen gekommen, die den Opfern gerechter werden – nicht aber die Kirche in Deutschland, die eine der reichsten ist. Nach wie vor erwirtschafteten Bistümer Jahresüberschüsse im zweistelligen Millionenbereich.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 6.3.20; *Augsburger Allgemeine*, 6.3.20)

Anm. MIZ-Red.: An dem sonst treffenden AZ-Kommentar ist nur eines zu berichtigen: Die katholische Kirche in Deutschland ist nicht „eine der“ reichsten Kirchen, sondern sie ist die mit Abstand reichste weltweit (direkt vor der evangelischen Kirche in Deutschland).

(5304) **Bremen.** Die Partei Die Linke hat im letzten Moment verhindert, dass eine evangelikale Organisation Träger einer neuen, von der öffentlichen Hand finanzierten Kindertagesstätte wird. Die harmlos klingende Gesellschaft *Perspektive Oldenburg – Sozialwerk* wollte auch gleich ein Missions- und Sozialzentrum mit Kantine, Wohngruppe, Begegnungsstätte, Spielplatz und Beratungsstelle. Dann wurde aber bekannt, dass die Organisation zum *Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden* gehört und alles andere als weltanschaulich neutral und weltoffen ist.

Die Fraktionsvorsitzende der Linken in der Bremer Bürgerschaft, Sofia Leonidakis, erhob Einspruch. „Evangelikale können religiös radikal eingestellt sein. Wir wollen keine evangelikale Indoktrination der Kinder. Schließlich sind einige dieser Träger homophob eingestellt, und das passt nicht in das Weltbild, welches Kindern im jungen Alter vermittelt werden sollte.“ Inzwischen wurde ein neuer, säkularer Träger gefunden: der Verein *Kindertagesstätten Nord*. (*Idea*, 2.3.20)

(5305) **Bonn/Hannover.** Die beiden Großkirchen mussten 2019 den größten Schwund ihrer Geschichte hinnehmen. Allein die Austrittszahl lag jeweils knapp über 270.000. Insgesamt verlor die katholische Kirche 402.000 und die evangelische 427.000 Mitglieder, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung schrumpft um 0,53 bzw. 0,55 Prozentpunkte auf insgesamt nur noch knapp über 50 Prozent der Bevölkerung. (Recherchen der MIZ-Redaktion auf Basis der kirchlichen Eckdaten vom 26.6.20)

Frankreich

(5306) **Paris.** Die französischen Bischöfe warnen vor der Annahme eines neuen Bioethik-Gesetzes, das u.a. künstliche Befruchtung auch für lesbische Paare und für alleinstehende Frauen vorsieht. Aus katholischer Sicht wird damit an der Stellung von Ehe und Familie gerüttelt. Dabei drohen sie ganz unverhohlen mit der „vote catholique“, also dem gezielten Einsetzen des katholischen Wählerpotentials, das etwa zehn Prozent beträgt.

Premierminister Edouard Philippe argumentiert, dass Kinder, die ohne biologischen Vater im Reagenzglas entstanden sind, sich allen Studien zufolge genauso gut entwickeln wie die anderen. Humanistische Interessenvertreter meinten, jeder Katholik habe das Recht auf die vorgesehenen neuen Möglichkeiten zu verzichten, aber die Kirche habe nicht das Recht, anderen etwas zu verbieten. (*Vatican News*, 3.2.20)

(5307) **Paris.** Der 2019 gestorbene Gründer der christlichen *Arche*-Gemeinschaften, Jean Vanier, hatte jahrzehntelang „manipulative sexuelle Beziehungen“ mit Frauen. Nach „übereinstimmenden Zeugenaussagen von sechs nicht behinderten erwachsenen Frauen“ nutzte Vanier das seelsorgerische Verhältnis zu diesen Frauen aus, die von ihm geistlichen Beistand erhofft hatten.

Der frühere kanadische Marineoffizier Vanier hatte 1964 die erste *Arche*-Gemeinschaft gegründet, von der es heute in 35 Ländern rund 150 Einrichtungen mit etwa 5000 Mitgliedern gibt. 2015 erhielt der Katholik Vanier den Templeton-Preis für „Verdienste um die Menschlichkeit“ und Ende 2016 eine Ehrung der Französischen Ehrenlegion.

Laut internen Untersuchungen wiederholte Vaniers jene Praktiken sexueller Nötigungen von Frauen, wie sie auch seinem 1993 gestorbenen geistlichen Mentor, dem Dominikanerpater Thomas Philippe, vorgeworfen werden. Philippes Taten habe Vanier über Jahre gedeckt.

Die französischen Bischöfe wie auch Vertreter von *Arche* International

zeigten sich schockiert, wollten aber nicht zugeben, dass sie mit ihrer unkritischen Ehrerbietung den Tätern letztlich freie Hand gelassen haben. Dem 1993 verstorbenen Dominikaner Philippe war schon 1956 nach einer Vatikanuntersuchung jegliche Ausübung priesterlichen Dienstes und insbesondere die geistliche Begleitung untersagt worden. Erst die Untersuchungen, warum der französische Klerus die vatikanischen Auflagen ignoriert hatte, brachte auch die von Jean Vanier begangenen Misshandlungen und Missbräuche ans Licht. (*Vatican News*, 22.2.20)

Großbritannien

(5308) **London.** „Die Kirche Englands ist aus institutioneller Sicht immer noch tief rassistisch“. Dies stellten nicht etwa Atheisten fest, sondern der anglikanische Erzbischof von Canterbury, Justin Welby. Auf der Generalsynode der Kirche von England hatte ein dunkelhäutiger Priester vorgetragen, aufgrund seiner Hautfarbe mitsamt seiner Familie aus einer anglikanischen Kirche ausgeschlossen worden zu sein. Dies berichtete der katholische italienische Pressedienst *SIR*.

Die Kirchenversammlung beschloss danach, den Rassismus innerhalb der Kirche Englands zu untersuchen. Ein externer Berater solle zudem Vorschläge für eine gastfreundlichere Kirche erarbeiten. (*SIR*, 12.2.20)

Irland

(5309) **Dublin.** Seit Jahresbeginn 2020 ist Blasphemie keine Straftat mehr. Im Oktober 2018 hatten die Iren mit über einer 65-Prozent-Mehrheit für ein Ende der Strafbarkeit von Gottes-

oder Religionslästerung gestimmt. Besonders Menschen unter 35 Jahren empfanden die Anti-Blasphemie-Gesetzgebung als unzeitgemäß.

Justizminister Flanagan hatte die Änderung unterstützt, weil Irland ein pluralistischer Staat geworden sei, während die Anti-Blasphemie-Gesetzgebung noch aus einer Zeit stamme, in der der Staat eng mit nur einer Religion, dem Katholizismus, verknüpft gewesen sei. Auch wies er darauf hin, dass andere Länder, welche Blasphemie unter Strafe gestellt hätten, Irland als Beispiel zitiert hätten. (*Humanistischer Pressedienst*, 24.1.20; vgl. *MIZ* 4/18, Meldung 5083)

Italien

(5310) **Rom.** Im katholisch geprägten Italien haben 2018 erstmals mehr Paare standesamtlich als kirchlich geheiratet, wobei dort beides wahlweise möglich ist. 1970 wurden nur 2,3 Prozent der Ehen zivil geschlossen, 2018 waren es 50,1 Prozent. Im reicheren Norden heirateten fast zwei Drittel standesamtlich, im traditionsverbundenen, strukturschwachen und bildungsferneren Süden nur gut 30 Prozent.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass in Deutschland inzwischen 80 Prozent aller Ehen rein standesamtlich geschlossen werden. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.11.19)

Österreich

(5311) **Wien.** Der Vorsitzende der österreichischen Humanisten, Gerhard Engelmayer, übte grundsätzliche Kritik an der „sakrosankten“ Stellung der Kirche in Österreich. „Die Kirche als private Körperschaft des öffentlichen Rechts ... hat in einem säkularen

Staat eigentlich in der Politik nichts verloren.“ Speziell in der Justiz, der Bildungspolitik und der öffentlichen Medien (ORF) funktioniere das fragwürdige „kooperative Modell zwischen Kirche und Staat“ so, dass die Kirche faktisch eine staatlich garantierte Monopolstellung habe.

Gleiches gelte für die Subventionspolitik: „Die Politik denkt nie über finanzielle Zuwendungen an die Kirche nach, selbst in Zeiten der größten Sparzwänge. ... Einmal eingeführt, gibt es keine Macht in diesem Land, die solche Ausgaben zur Diskussion stellen kann.“ Allein die steuerliche Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags mache über 100 Millionen Euro aus.

„Den Maulkorberlass im *ORF* habe ich selbst erlebt: Als ich die Frage nach der politischen Verantwortung des Staates, der die Kirche durch das Konkordat schützt und deckt, stellen wollte, vertröstete mich der Moderator Peter Pelinka auf eine 'spätere Runde' und sorgte dafür, dass sie nicht mehr angeschnitten werden konnte. Nach der Sendung erklärte er mir freundlich, dass es in Absprache mit den Stiftungsräten unerwünscht sei, dieses Thema anzusprechen. Als öffentlich-rechtliche Anstalt sei der *ORF* gezwungen, kirchenfreundlich zu berichten und Österreich als 'katholisches Land' nicht infrage zu stellen.“

In der Bildungspolitik habe die Kirche die Einführung eines allgemein verbindlichen Ethikunterrichts verhindert, obwohl seit 20 Jahren „eine große Mehrheit von Lehrern, Eltern und Schülern dafür ist“. Aber die erzkatholische Leiterin des Interdiözesanen Amtes für Unterricht und Erziehung sowie

des Schulamtes der Erzdiözese Wien erklärte, „der Ethikunterricht für alle würde das Fach Religion verdrängen“. (*hpd*, 27.2.20; *Die Furche*, 30.1.20)

Portugal

(5312) **Lissabon.** Portugal will als erstes katholisch geprägtes Land die aktive Sterbehilfe (Tötung auf Verlangen) zulassen, die europaweit nur in den Benelux-Ländern erlaubt ist. Das hat die linke Mehrheit im Parlament am 19. Februar beschlossen.

Anders als sonst üblich mussten die Abgeordneten dabei ihre Stimme offen – also nicht elektronisch – abgeben. Dabei reichten die Parteien des linken Spektrums gleich fünf Gesetzesvorschläge zur Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ein – alle mit dem Ziel, den Tod auf Verlangen auch ohne ärztliche Überwachung oder Unterstützung zu ermöglichen. Schließlich übertrafen alle fünf die Mehrheit; mit 127 Stimmen (57 Prozent) erhielt der Gesetzesvorschlag der Sozialistischen Partei die größte Unterstützung. Demnach sollen ausschließlich Personen, die urteilsfähig, aber schwer krank sind, ihren Tod verlangen können.

In dem mehrheitlich katholischen Land demonstrierte die Kirche bei jeder Gelegenheit ihre Ablehnung. Noch vier Tage vor der Abstimmung nutzte der Domherr von Porto seine Sonntagsmesse für eine Predigt gegen das Gesetzesvorhaben und verkündete den Anwesenden, das Gesetz verstoße gegen das fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten.“ Während der Debatte im Parlament versammelten sich draußen mehrere hundert Gegnerinnen und

Gegner der Gesetzesinitiative und skandierten „Ja zum Leben“. Unterstützung erhielten die Konservativen von der Kommunistischen Partei, die sieben Abgeordnete mehr als die Konservativen stellt.

Der Kritik von ganz links und rechts zum Trotz zeigte eine repräsentative Umfrage des *Egas-Moniz-Instituts*, die zwei Tage vor der Abstimmung veröffentlicht wurde, dass eine absolute Mehrheit der Wahlberechtigten den Entscheid unterstützt, während ihn ein Viertel ablehnt.

Staatspräsident Rebelo de Sousa, der bei der Sterbehilfe als unentschlossen gilt, hat die Möglichkeit, ein Veto gegen das Gesetz einzureichen oder den Obersten Gerichtshof anzurufen. Falls er zustimmt, strebt die Kirche ein Referendum an – allerdings mit geringen Erfolgsaussichten. Die Umfrage des *Egas-Moniz-Instituts* zeigte nämlich, dass 63,7 Prozent der Teilnahmeberechtigten eine Volksabstimmung über die Legalisierung der Sterbehilfe befürworten würden.

Bereits 2007 konnte das Volk in Portugal darüber abstimmen, ob Abtreibung legalisiert werden soll. Das Begehren wurde an der Urne angenommen. (*Neue Züricher Zeitung*, 22.2.20)

Anm. *MIZ*-Red.: Bezeichnenderweise waren es auch in Deutschland 2015 die extremen Kommunisten, die innerhalb der Linken als einzige dem „Sterbehilfe-Verhinderungsgesetz“ zugestimmt haben, das nun vom Bundesverfassungsgericht gekippt wurde. Sie behaupten, die Lebensverkürzung erfolge nur aus ökonomischen Motiven. Tatsächlich ist es aber genau umgekehrt: Geldgierige Mediziner sind daran interessiert, Schwerkranken möglichst lange am

Leben zu halten, um möglichst viel Geld an ihrer Behandlung zu verdienen.

Russland

(5313) **Moskau.** Staatspräsident Putin will einen Gottesbezug in der neuen Verfassung verankern. Im Entwurf, den Putin dem Parlament vorgelegt hat, ist in der Präambel von der Russischen Föderation die Rede, die „die Erinnerung an ihre Vorfahren bewahrt, die uns Ideale und den Glauben an Gott vermittelten.“

Der Kremlsprecher beteuerte zwar: „Es ist klar, dass der Staat auf keinen Fall seinen weltlichen Charakter verliert“, gab aber keine Antwort auf die Frage, wie der Staat künftig mit Atheisten umgehen werde. Vor dem am 22. April geplanten Volksentscheid über eine ganze Reihe von Verfassungsänderungen werde es eine „breite Kampagne“ geben.

Nach der orthodoxen Kirche hatten sich auch Spitzenvertreter der katholischen Kirche, des Islam, Judentums und anderer Konfessionen für die Erwähnung von Gott in der Verfassung ausgesprochen. Kritiker pochen allerdings auf die atheistische Tradition der Sowjetunion. Bisher legt Artikel 14 der russischen Verfassung fest, dass Russland ein „weltlicher Staat“ sei. Weiter heißt es dort: „Die religiösen Vereinigungen sind vom Staat getrennt und vor dem Gesetz gleich.“

Daneben will Putin in der Verfassung auch klarstellen, dass eine Ehe nur von einem Mann und einer Frau geschlossen werden kann. Bisher definiert lediglich ein Gesetz die Ehe als Bund zwischen Mann und Frau. Die jetzige Verfassung stammt von 1993. (*kathpress*, 4.3.20)

Schweiz

(5314) **Zürich.** Die katholische Kirche der Schweiz hat es nicht geschafft, einen „Jugendrat“ auf nationaler Ebene wieder einzuführen, nachdem ein früherer Versuch nach kurzem gescheitert war. Der als „Jugendbischof“ für die Schweiz ausersehene Weihbischof nannte den Hauptgrund: „Es ist schwierig, junge Katholiken zu engagieren“. Fachleute hatten schon vorher gewarnt, dass es nur noch sehr wenige Kirchentreuere in der jungen Generation gebe. (*cath.ch*, 22.1.20)

(5315) **Bern.** In einer Volksabstimmung bestätigte eine Mehrheit von 63 Prozent die von Parlament und Regierung eingebrachte Anti-Rassismus-Strafnorm, derzufolge die Diskriminierung von Homosexuellen und speziell Hassausbrüche gegen Schwule und Lesben strafbar sind. Die Bevölkerung erteilte damit konservativen und evangelikalischen Gruppen, die das Referendum durchgesetzt hatten, eine deutliche Abfuhr. Das Argument der rechten, christlichen Partei EDU und der rechtspopulistischen SVP: Die Neuerung komme einem Zensurgesetz gleich, das „wissenschaftlich und weltanschaulich begründete Kritik an sexuellen Orientierungen“ unmöglich mache. (*Süddeutsche Zeitung*, 10.2.20)

Spanien

(5316) **Madrid.** Das Parlament hat eine gesetzliche Regelung für das individuelle Recht auf Sterbehilfe angemahnt. Eine klare Mehrheit der Abgeordneten war dafür, eine entsprechende Gesetzesinitiative der sozialistischen Min-

derheitsregierung zu debattieren. Luis Argüello, Generalsekretär der Spanischen Bischofskonferenz (CEE), bezeichnete das Abstimmungsergebnis hingegen als „schmerzvoll“. Aktive Sterbehilfe sei ein Schritt zur Entmenschlichung.

Die Sozialisten von Ministerpräsident Pedro Sanchez planen, aktive Sterbehilfe in bestimmten Fällen zu erlauben. Die Regelung sieht unter anderem vor, dass unheilbar kranke Menschen auf Kosten des staatlichen Gesundheitssystems Sterbehilfe in Anspruch nehmen können. Zudem soll das bislang geltende Verbot medizinischer Suizidbeihilfe abgeschafft werden. Die Gesetzesinitiative ist im Koalitionsvertrag zwischen den Sozialisten und der linkspopulistischen Parteilianz *Unidas Podemos* festgeschrieben. Beide bilden seit Anfang 2020 gemeinsam eine Minderheitsregierung in Spanien.

Neben der katholischen Kirche sprachen sich auch die konservative Volkspartei (PP) sowie die neue rechtspopulistische VOX-Partei (die spanische AfD) gegen die Legalisierungsdebatte zur möglichen Einführung aktiver Sterbehilfe aus. Das Gesetz mache den spanischen Staat zu einer „Tötungsmaschine“, erklärte ein VOX-Sprecher. (*El Pais*, 12.2.20)

(5317) **Madrid.** Die katholische Kirche Spaniens, Eigentümerin von mehreren zehntausend Immobilien und auch hier von allen Steuern befreit, ist in einen peinlichen Immobiliendeal verstrickt. Das Madrider Erzbistum verkauft nun 14 Immobilienkomplexe zum Preis von insgesamt 74 Millionen

Euro an 14 verschiedene Investoren, die Bürokomplexe errichten wollen. Dadurch verlieren 400 Familien bezahlbaren Wohnraum, der ursprünglich auch vom Staat gefördert worden war. Bereits Anfang 2019 hatte das Erzbistum diverse Immobilien, darunter ein Altenheim, für 37 Millionen Euro an die private Universität Nebrija verkauft.

Zunächst erklärte die Kirche, mit den Verkäufen eine „Gran Ciudad de la Misericordia“ (Eine große Stadt der Barmherzigkeit) für ältere und bedürftige Menschen bauen zu wollen. Diese bereits seit 2013 bekundete Absicht scheint inzwischen aber nur noch die dafür zuständige Stiftung zu interessieren. Das Erzbistum von Madrid erwähnt das vermeintliche Prestigeprojekt nur noch zur Verteidigung seiner Immobiliendeals. Ein Grundstück oder einen Bauplan gibt es dafür bisher nicht, während das Altenheim bis Ende 2021 geräumt werden muss. Außer einem Brief, dass ihre Angehörigen nicht auf der Straße schlafen werden müssen und eine Lösung für sie gefunden werde, gab die Kirche den mit dem Altenheim verbundenen Familien keine Informationen. Selbst die dort lebenden und arbeitenden Nonnen wurden über den Verkauf erst nach Wochen informiert. Der überwiegende Teil der Verkaufserlöse fließt offenbar in ein 48 Millionen teures Grundstück, auf welchem die Kirche eigene Bürogebäude errichten möchte.

Inzwischen werfen betroffene Angehörige und laizistische Verbände der Kirche vor, dass ihr die in kircheneigenen Immobilien wohnenden Menschen in Wirklichkeit gleichgültig seien und sie sich auch nicht besser präsentiere als andere Immobilienhaie. Sie erinnerten

daran, dass auch der Vatikan (vgl. dazu *hpd* vom 5.12.19) erst Ende 2019 viele Millionen Euro aus der „Peterspfennig“-Spendensammlung zum Erwerb einer teuren Gewerbeimmobilie in London genutzt und dies ursprünglich verschleiert hatte. (*El Pais*, 26.2.20)

Vatikan

(5318) **Vatikanstadt.** Der Papst hat mit dem Rundschreiben *Querida Amazonia* eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wertlos Synoden (Versammlungen von Bischöfen oder Laien) letztlich sind. Der 50-Seiten-Text fußt auf einer Bischofssynode, die im Oktober 2019 im Vatikan stattfand. Damals hatten die Bischöfe dem Papst in einem Schlussdokument die Zulassung verheirateter Männer zur Priesterweihe in Amazonien empfohlen. Darauf ging der Papst aber nicht einmal ansatzweise ein; die Weihe für Frauen schloss er explizit aus. Die Reaktionen waren gespalten: Während die Mehrzahl der Bischöfe die Erklärung lobte, zeigten sich katholische Frauenverbände und Reformanhänger enttäuscht. (*Vatican News*, 12.2.20)

Anm. *MIZ*-Red.: Dabei muss man dem Papst allerdings zugutehalten, dass er sich objektiv in einem unauflöselichen Dilemma befindet: Weltweit lehnt die Mehrzahl der Katholiken die diskutierten Reformen ab. In Mitteleuropa hingegen finden sie unter den jüngeren aktiven Katholik(inn)en eher Zustimmung. Gibt der Vatikan den letzteren nach, riskiert er weltweit eine Kirchenspaltung; bleibt er hingegen hart, verliert er in Europa nochmals viele jüngere (Noch-)Anhänger. Da aber die deutschen Katholiken weltweit nur etwa 1,7 Prozent ausmachen und

die weitere Schrumpfung auch durch Zugeständnisse an die Reformer nicht aufzuhalten ist, kann der Vatikan bei Abwägung seiner Interessen gar nicht anders als auf Zeit zu spielen und die bisherige Hinhaltenaktik fortzusetzen.

(5319) **Vatikanstadt.** Der Papst erflachte in Rom das Ende der globalen Corona-Pandemie. Damit sein Flehen mehr Wirkung erzielte, verrichtete er seine Gebete vor der Marienikone Salus populi Romani in Santa Maria Maggiore und vor dem Pestkreuz in der Kirche San Marcello al Corso, das 1522 schon einmal geholfen hatte, die Stadt von der Pest zu befreien – nach Meinung der Gläubigen, wie die Pressestelle des Vatikan vorsichtshalber hinzufügte. (Welcher Allmächtige damals allerdings die Pest überhaupt nach Rom gebracht hat, wurde nicht näher erörtert.) „Mit seinem Gebet rief der Heilige Vater das Ende der Pandemie herbei, die Italien und die Welt heimsucht, bat um Heilung für die vielen Kranken, erinnerte an die zahlreichen Opfer dieser Tage und bat Gott darum, dass ihre Familien und Freunde Trost finden mögen“, heißt es in der Mitteilung aus dem Vatikan.

Ganz auf Gebete verlassen mochte sich der Heilige Stuhl indes nicht, denn schon eine Woche zuvor wurden Roms Kirchen und sogar der Petersdom wegen Seuchengefahr geschlossen. Den Vogel schoss der Papst eine Woche später ab, als nach 2000 Jahren plötzlich verfügte, dass Corona-Kranke die Lossprechung von allen Sünden auch ohne Beichte erhalten können, wenn sie eine halbe Stunde in der Bibel lesen. Nur eines fehlte bei all den Gebeten: Segen spendete der Vatikan zwar in

Hülle und Fülle, aber von nennenswerten Geldspenden war offenbar nicht die Rede. (*Vatican News*, 15. u. 23.3.20)

Anm. MIZ-Red.: Wie inzwischen offensichtlich, dachte der Adressat der päpstlichen Bitten offenbar gar nicht daran, seinen göttlichen Pandemie-Plan abzubrechen. Im Gegensatz zum Papst sieht der bekannte Virologe Donald Trump keine Veranlassung, Gott verantwortlich zu machen, denn für ihn ist Obama schuld, der den Virus schon vor mehreren Jahren in den USA platziert habe.

(5320) **Vatikanstadt.** Dank eines neuen Gesetzes kann die Staatsanwaltschaft im Vatikan erstmals unabhängig handeln. Zwar bleiben die Staatsanwälte weiterhin dem Papst, der sie auch nennt, hierarchisch untergeordnet. Eine Unabhängigkeit der rechtsprechenden „Dritten Gewalt“, wie dies in einer Demokratie selbstverständlich ist, gibt es in der absolutistischen Monarchie des Vatikan also weiterhin nicht. In der Ausübung ihres Amtes aber sind sie, wie das neue Gesetz klarstellt, nur dem (vom Papst und der Kurie ohne Parlament beschlossenen) Gesetz verpflichtet.

Die neuen Normen erklärten sich, wie der Präsident des Vatikantribunals im Interview mit *Radio Vatikan* erläuterte, auch dadurch, dass der Vatikan vielen internationalen Konventionen beigetreten sei, wo die Übernahme einzelner demokratischer Formen verpflichtend wurde. Neuerdings gilt z.B. auch das Prinzip der Unschuldsvermutung bei Angeklagten, das der Heilige Stuhl allerdings auch bisher schon bei Straftaten von Klerikern äußerst großzügig

Nordamerika

Kanada

(5321) **Winnipeg.** Die kanadische Regierung will die Modalitäten zum assistierten Suizid vereinfachen. Im Jahr 2019 wurden im Bundesstaat Quebec 1589 Anträge auf assistierten Suizid gestellt, mehr als dreimal so viele wie 2016.

Obwohl kein Christ dazu gezwungen wird, haben sich die kanadischen Bischöfe in einem Brief an Premierminister Trudeau gegen die geplante Liberalisierung gewandt. Dabei behaupten sie sogar, im Interesse von Nichtglaubende zu sprechen: „Wir bekräftigen und verteidigen unmissverständlich den grundlegenden Glauben an die Heiligkeit allen menschlichen Lebens, einen Wert, den wir mit vielen anderen in unserem Land teilen, auch mit denen anderer Glaubensrichtungen und Nichtglaubenden.“ Kanadas säkulare und atheistische Gruppen widersprachen dem und verwiesen auf die überwältigende Zustimmung der Bevölkerung zum Selbstbestimmungsrecht beim Sterben. (*Vatican News*, 1.2.20)

Vereinigte Staaten

(5322) **Harrisburg.** Als erste Diözese des US-Bundesstaates Pennsylvania meldet die Diözese Harrisburg Konkurs an. Grund ist das Urteil eines Berufungsgerichts, das die bisherigen Verjährungsfristen aufhob und es Opfern nun ermöglicht, die Diözesen des Bundesstaates auf Entschädigung wegen sexuellen Missbrauchs durch

Priester zu verklagen. Das hatte die Gesetzgebung Pennsylvanias bis dahin verhindert. Für die Diözese Harrisburg hatte das Urteil des Berufungsgerichts mehrere neue Klagen mit „katastrophalen Folgen“ im Finanzbereich zur Folge. Der Schritt in die Insolvenz sei, laut Verteidiger, ein verantwortungsvoller Weg, damit die Diözese „geistlich und wohltätig“ alles weiterhin tun könne, was sie bisher tue. (Anm. *MIZ*-Red.: Was sie bisher tat, war die trickreiche Vermeidung und Hintertreibung von Entschädigungszahlungen. Dies auch noch als „wohltätig“ zu bezeichnen, ist nicht nur zynisch, sondern zeigt, auf welchem moralischen Tiefpunkt diese Kirche angekommen ist.)

Das Konkursverfahren hat nun zur Folge, dass alle anhängigen Opferklagen eingefroren werden und die Entschädigungen aus der Konkursmasse bedient werden, die dann geringer ausfallen. Die Diözese Harrisburg hat nach eigenen Angaben vom August 2019 bisher zwölf Millionen US-Dollar Entschädigungen an mehr als 100 Missbrauchsoffer gezahlt.

Pennsylvania löste 2018 landesweite Schlagzeilen aus, als ein Grand-Jury-Bericht zu dem Ergebnis kam, dass in den sechs Diözesen des Bundesstaates mehr als 300 Priester über 1000 Kinder in den zurückliegenden Jahrzehnten sexuell missbraucht hatten. Staatsanwälte in fast allen US-Bundesstaaten hatten daraufhin nach belastenden Dokumenten in anderen Diözesen gesucht und reichlich Material gefunden. (*kathpress*, 20.2.20)

(5323) **Washington.** Donald Trump tritt im Vorwahlkampf verstärkt in evangelikalen Kirchen auf. Zwar wurde er 2016 von 81 Prozent der christlichen Fundamentalisten gewählt, doch meh-

ren sich dort inzwischen auch Stimmen, die ihn für unmoralisch halten. Die neu gegründete Unterstützergruppe *Evangelicals for Trump* stützt ihn nun aus zwei Gründen: Er hat eine Rekordzahl konservativer Richter ernannt und viele fundamentalistische Christen – gerade auch in diesem Bündnis – wännen sich in einem apokalyptischen Endkampf gegen feindliche, atheistische Kräfte. Für sie ist Trump das „Werkzeug Gottes“. Häufig ist in diesem Zusammenhang ein Vergleich aus der Bibel zu hören: Gott habe schließlich auch die Prostituierte Rahab ausgewählt, die es den Israeliten ermöglicht habe, ins Gelobte Land zu ziehen – das von Bibeltreuen heute mit den USA gleichgesetzt wird. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.1.20)

Lateinamerika

Bolivien

(5324) **La Paz.** Nach dem erzwungenen Rücktritt des indigenen, linksorientierten Präsidenten Evo Morales im November 2019 brachte sich noch vor dem Jahreswechsel ein erzkonservativer, ultrakatholischer Kandidat der Rechten in Stellung für die Wahl am 3. Mai. Er will vor allem die Besitzansprüche der weißen Oberschicht verteidigen. Luis Camacho, den viele Anhänger wie Gegner als den „bolivianischen Bolsonaro“ sehen, hat mit seinem Vorpreschen auch die Übergangspräsidentin Añez dupliert. Diese will inzwischen selbst antreten und profiliert sich als gläubige Katholikin, die das Land zurückführen will zur Bibel, die sie im

Präsidentenpalast eigens neu auflegte. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.1. u. 10.2.20)

Brasilien

(5325) **Rio de Janeiro.** Der Karneval von Rio ist der rechten Regierung unter Bolsonaro wegen seinem Einsatz für Pluralität und Frauenrechte sowie seinen regierungskritischen Shows ebenso ein Dorn im Auge wie einigen Kirchen. Nachdem den Sambahschulen heuer die staatlichen Gelder komplett gestrichen wurden, zeigt sich ihr Protest gegen menschen- und umweltfeindliche Zustände noch deutlicher. Die Kirchen rufen zum Boykott auf und scheuen selbst vor Diffamierung nicht zurück.

Dass die Sambahschulen zwar beim Volk, nicht aber den regierenden Rechten beliebt sind, verwundert nicht. Staatschef Bolsonaro war Prediger einer fundamentalistischen Sekte und der Bürgermeister Rios, Marcelo Crivella, ist zudem noch Bischof der evangelikalischen Freikirche *Igreja Universal do Reino de Deus* („Universalkirche des Königreichs Gottes“), der der Karneval mit seinen kritischen Stimmen und schillernden Protesten schon immer missfiel. Nun aber ging die Gruppe *Manguera*, Siegerin des Wettstreits im vergangenen Jahr, mit unverhüllter Kritik an Bolsonaro an den Start: Ihre Parade erzählt die Rückkehr von Jesus in eine der verarmten Favelas von Rio – mit schwarzem Gesicht, dem Blut der Ureinwohner und dem Körper einer Frau.

Gläubige Christen riefen nach Bestrafung wegen Blasphemie. Dazu kam es aber nicht, denn für Rio ist

der Karneval ein zu starker Wirtschaftsfaktor. Er zieht jedes Jahr Millionen von Menschen an und füllt durch den Handel mit Souvenirs und Ausrüstung für Kostüme die Kassen der Stadt. (ARD, 23.2.20)

Chile

(5326) **Vatikanstadt.** Gegen einen chilenischen Bischof der Schönstattbewegung wurde in Deutschland seit 2018 wegen akuten Missbrauchsverdachts ermittelt. Der Kleriker, der seit über 15 Jahren in Vallendar bei Koblenz lebt, wird beschuldigt, in Deutschland mindestens einen Schutzbefohlenen missbraucht zu haben.

Der Generalobere der Schönstattbewegung Catoggio hatte (deutlich später) die deutsche Justiz informiert. Dabei ging es um einen Missbrauchsfall aus dem Jahr 2004 auf deutschem Boden. Chilenische Quellen sprechen von mehreren weiteren Missbrauchsfällen zwischen 2004 und 2007. Der Fall ist nach Angaben des deutschen Auslandssenders *Deutsche Welle* der erste, bei dem die deutsche Justiz gegen einen so hochrangigen Repräsentanten der Kirche ermittelt, der in den 1980er Jahren auch im Vatikan tätig gewesen war. Konkrete Folgen dieser Ermittlungen wurden nicht bekannt; Fachleute gingen aber von Anfang an davon aus, dass inzwischen die Verjährung eingetreten ist.

Die eigentliche Brisanz liegt aber im Verhalten des Vatikans. Papst Johannes Paul II. hatte 1997 den Rücktritt des damals 63-jährigen Erzbischofs ohne nähere Erklärung angenommen. Fünf Jahre später hatte der chilenische Kardinal Francisco Javier Errazuriz Ossa eingeräumt, dass der Geistliche wegen „unangemessenen Verhaltens“

gegenüber Kindern und Jugendlichen zurückgetreten sei. Nach mehreren Jahren in einem Kloster in Kolumbien zog er dann nach Vallendar – ohne dass der Heilige Stuhl in irgendeiner Weise aktiv geworden wäre. Nach DW-Informationen soll inzwischen ein Verfahren bei der Vatikanischen Glaubenskongregation anhängig sein. Zweifelhaft ist, was der jetzige Papst gegen den heute pflegebedürftigen Erzbischof überhaupt noch unternehmen kann.

Seit zwei Jahren erschüttert eine Serie von Missbrauchsskandalen die katholische Kirche in Chile. In einem historischen Schritt hatten im Mai 2018 immerhin 29 von 31 aktiven Bischöfen dem Papst deswegen ihren Rücktritt angeboten, von denen der Papst mehrere, aber nicht alle annahm. (*Deutsche Welle*, 5.10.18)

Anm. MIZ-Red.: Diese Meldung ist uns leider erst jetzt bekannt geworden. Ihre Brisanz liegt im Verhalten des Vatikans. Papst Wojtyla, aber auch sein Nachfolger Ratzinger mussten bereits 1997 von den Gründen für den Rücktritt des erst 63-jährigen Bischofs gewusst haben, hatten sie aber schweigend übergangen, während sie 2002 ein chilenischer Kardinal öffentlich gemacht hatte. Mindestens 20 Jahre lang blieb der Täter aber vor kirchenrechtlichen Schritten verschont.

Afrika

Somalia

(5327) **Hargeisa.** Mahmud Jama Ahmed, der an der Universität in der Stadt Hargeisa Geistes- und Sozialwissenschaften lehrte, wird we-

gen Blasphemie und Apostasie (Abfall vom Glauben) mit dem Tod bedroht.

Er hatte im Februar 2019 auf seiner Facebook-Seite die Frage aufgeworfen, ob Bittgebete an Gott gegen die Dürre im Land helfe. „Wenn Gebete von Gott erhört werden, warum leiden wir dann jedes Jahr unter der Dürre?“ und: „Weshalb wird den westlichen Ländern ganz ohne Gebete Regen zuteil?“

Dies brachte ihm den Vorwurf der Blasphemie ein – ein schweres Verbrechen im islamisch geprägten Somalia. Mahmoud erhielt Morddrohungen und wurde am 21. März ohne Gerichtsbeschluss von der Polizei verhaftet. Am 30. April verurteilte ihn ein Gericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen Blasphemie. Daraufhin forderte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe für Mahmoud, jedoch wurde das Gesuch vom Berufungsgericht abgewiesen. Im Januar wurde der Verurteilte nach zehn Monaten Haft begnadigt und vorzeitig entlassen. Er muss allerdings strenge Auflagen erfüllen und ist für fünf Jahre von seiner Hochschultätigkeit ausgeschlossen. Dennoch forderte ein bekannter Imam, Adam Sunnah, bei den Freitagsgebeten am 28. Februar und 6. März 2020 den Tod des Hochschullehrers. Ein Apostat habe den Tod selbst dann verdient, wenn er seine Tat bereue.

Der Vertreter des Internationalen Humanistenverbands beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, Kacem El Ghazzali, hat die somalischen Behörden aufgerufen, den Schutz von Mahmoud Jama Ahmed zu gewährleisten. (*Humanistischer Pressedienst*, 13.3.20)

Asien

Bangladesch

(5328) **Dhaka**. Erstmals wurde in dem islamischen Staat eine im Alter von 65 Jahren verstorbene Sex-Arbeiterin nach islamischem Ritus beigesetzt. Bisher war ihnen dies verwehrt worden: Verstorbene Prostituierte wurden verscharrt oder gar in Flüsse geworfen. Am Grab versammelten sich über 200 Menschen, auch um den symbolischen Durchbruch zu würdigen. „Meine Mutter wurde wie ein menschliches Wesen behandelt“, sagte die Tochter der Verstorbenen, die ebenfalls in dem Gewerbe tätig ist.

Ein Zusammenschluss aus Kolleginnen sowie um Hilfe gebetene Polizisten konnten einen Imam überzeugen, nachdem sich zuvor islamische Geistliche jahrhundertlang geweigert hatten, Frauen in diesem Gewerbe die letzte Ehre zu erweisen. Mittlerweile hat der Imam nach massivem Druck religiöser Eiferer versprochen, dies nicht mehr zu wiederholen. Er habe die Begräbniszeremonie nur auf Wunsch der Polizei geleitet.

Prostitution ist in Bangladesch für Frauen ab 18 Jahren legal, die ihr Alter und ihre Freiwilligkeit nachweisen können – eine Seltenheit in einem islamischen Land. Die Realität ist aber auch hier, dass religiöse Männer die Dienste zwar gern in Anspruch nehmen, sie nachher aber moralisch verteufeln. (*Dhaka Tribune*, 11.2.20; *Agence France Presse*, 12.2.20)

(5329) **Kottayam.** Das Bezirksgericht von Kottayam hat den Berufungsantrag des indischen Bischofs Franco Mulakkal wegen Vergewaltigung abgewiesen. Hintergrund des Prozesses sind Anschuldigungen einer Ordensfrau, Mula-kkal habe sie zwischen 2014 und 2016 bei Besuchen in Kerala mehrfach vergewaltigt. Der Bischof selbst streitet bisher alle Vorwürfe ab. Mulakkal war im Herbst 2019 festgenommen und nach drei Wochen gegen Kaution und Reiseauflagen wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der Vatikan hat bisher keinerlei Ermittlungen gegen den Bischof eingeleitet. (*ucanews*, 17.3.20; *Vatican News*, 17.3.20)

Iran

(5330) **Teheran.** Obwohl die Zahl der vom Corona-Virus Betroffenen zu den weltweit höchsten zählt, verharmlosen die herrschenden Kleriker bisher das Ausmaß der Pandemie und raten zum Gebet. Der oberste Führer Ali Chamenei meinte, es habe schon größere Katastrophen gegeben und das Volk solle auch hier auf höhere Mächte vertrauen: „Gebete können viele Probleme lösen.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 5.3.20)

Israel

(5331) **Jerusalem.** Der Versuch orthodoxer Juden, gegen das Corona-Virus mit Gebeten anzugehen, ist gescheitert. Aufgrund negativer Erfahrungen haben die obersten Rabbiner Israels von Massengebeten an der Klagemauer dringend abgeraten. Auch auf das Küssen der Klagemauer soll vorerst verzichtet werden. Dies wurde auch chinesischen Touristen nahegelegt, die

dort seit Februar gemeinsam mit Juden gebetet hatten. Kurz danach verbreitete sich das Virus im Umfeld ebenso unkontrolliert wie in anderen Ländern. Inzwischen dürfen sich nur höchstens zehn Personen gleichzeitig an dem bisher überfüllten Gebetsort befinden. (*Times of Israel*, 16.2.20)

Südkorea

(5332) **Seoul.** Die christliche Sekte *Shincheonji*, zu deutsch „*Neuer Himmel, neue Erde*“, hat eine rasante Ausbreitung des Corona-Virus in Südkorea herbeigeführt. Mehr als die Hälfte der (bis zum 2. März) 4300 Infizierten mit 26 Toten gehen auf Sektenangehörige zurück, die den Virus nach einem Massenbesuch in der chinesischen Stadt Wuhan bei religiösen Veranstaltungen verbreitet und elementare Vorsichtsmaßnahmen ignoriert haben. Der Sektenführer wurde wegen grob fahrlässiger Tötung und Verletzung der Seuchenbestimmungen angeklagt, nachdem Presseberichten zufolge zunächst ein Virustest der mehr als 200.000 Mitglieder vereitelt wurde. Erst nach der Strafanzeige entschuldigte sich der 88-jährige Sektengründer Lee Man-hee, der von seinen Anhängern als Messias verehrt wird. (*Frankfurter Allgemeine*, 3.3.20)

LeserINNENbriefe

Zu Artikel **Umwertung der Werte**, in **MIZ 1/20**

Es ist das erste Mal in der deutschen Geschichte, dass das oberste Verfassungsgericht Deutschlands so einschneidend Recht sprach, woraufhin selbst Beobachter über die Klarheit der Worte von Präsident Voßkuhle überrascht waren. Dass sich die Karlsruher Richter für eine Stärkung der Freiheit des Einzelnen in seinem Selbstbestimmungsrecht aussprechen würden, damit hatte man nach der Verhandlung bereits gerechnet. Der ausdrückliche Kontrapunkt gegen die christlich normierten Fundamente der Bundesrepublik, nach denen Selbsttötung nicht nur verpönt ist, sondern von vielen Kirchenvertretern als sündhaft und indiskutabel aus ihrer Realität gestrichen werden, war eine starke Aussage des Gerichts, das sich in anderen Fragen nicht selten auf die Einlassungen der religiösen Weltanschauungsgemeinschaften verlassen hat.

Diesmal war es aber der Humanismus, der siegte. Denn er ist es, der keine Dogmen in den Mittelpunkt stellt, sondern dem Menschen das vollumfängliche Recht zubilligt, über Leben und Sterben völlig frei zu entscheiden. Das ist ein Rückschlag für die christliche Einflussnahme auf das Thema, die darauf abzielte, Betroffenen nicht nur mithilfe eines schlechten Gewissens einzureden, dass alleinig Gott das Recht besitzt, über den Tod zu befinden. Die eindeutige Botschaft des Senats war entsprechend unmissver-

ständig: Jeder Einzelne hat vollständige Verfügungsgewalt über das eigene Dasein und ist mündig genug, über die Qualität des Lebens zu urteilen und aus freien Stücken zu dem Entschluss zu kommen, der irdischen Existenz einen Schlussstrich zu setzen.

Durchaus gehörte etwas Mut dazu, das Urteil in einer solchen Deutlichkeit auszuformulieren, zumal das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit immer wieder der Argumentation der christlichen Lehre verfiel, die den Erdenbewohner lediglich als Bittsteller und Marionette eines unsichtbaren Geistes sieht, für den die „Freiheit eines Christenmenschen“ wie Hohn klingen muss. Mit dem Richterspruch kommt dem Individuum eine größtmögliche Autonomie zu – und jene, die freidenkerische Nächstenliebe praktizieren möchten, wenn sie einem Sterbewilligen bei seinem Ableben unterstützen wollen, müssen nicht mehr vor dem Strafgesetz bangen.

Es ist ein eindeutiger Hinweis, den das Bundesverfassungsgericht in Richtung der deutschen Legislative ausgesprochen hat: Die Einmischung des Staates als Moralapostel und lange Hand der religiösen Wertepolizei wird zumindest in der Frage nach dem Ende des Lebens unmissverständlich zurückgewiesen. Der Politik ist nun aufgetragen, verfassungskonform festzuhalten, wie es gelingen kann, einen Selbsttötungs-Tourismus im eigenen Land zu verhindern. Besonderes Augenmerk muss der Gesetzgeber also auf die Vernunft der Bevölkerung richten. Denn wer glaubt, Sterbewillige könnten sich nach dem Urteil aus Karlsruhe zu leichtfertig für den Tod aussprechen, der verkennet, dass die allermeisten Betroffenen von großer

Rationalität und Weitsicht geleitet sind. Der Entschluss der Verfassungsrichter hat nichts damit zu tun, von einem Dammbbruch zu sprechen oder den Untergang des Abendlandes aufzuziehen zu sehen. Wer diese Panik schürt, der versucht einzig und allein, christliche Verböhrtheit hoffähig zu halten. Wie schon in der Vergangenheit wird es auch künftig darum gehen, Menschen zum Weiterleben zu ermutigen, mit Palliativmedizin und Schmerztherapie das Leiden zu lindern. Doch die Aussicht darauf, im Fall des bewussten Votums zur Beendigung des Lebens

nicht alleine gelassen zu sein, sondern Hilfe in Anspruch nehmen zu können, ohne einen Mitmenschen dadurch in rechtliche Bredouille zu bringen, ist eine große Erleichterung für die, die mit dem Freiheitsrecht zu sterben sorgsam umgehen werden.

Dennis Riehle, Konstanz



MIZ - über 40 Jahre Aufklärung, Kritik, Gegenöffentlichkeit

- Kritik an Kirchen & Esoterik
- Hintergrundanalysen zu klerikalem Lobbyismus
- Unterstützung von religionskritischen Kampagnen
- Berichte über die Aktivitäten der säkulare Verbände

Auch als ePaper!

Abonnement (pdf): Euro 15.-

Einzelheft (pdf): Euro 4.-

Wer die Arbeit der MIZ besonders unterstützen will, kann ein

Soliabo

abschließen. Dieses kostet 28.- Euro und umfasst neben dem Abo der Druckausgabe der MIZ auch die zusätzliche kostenlose Zusendung des ePaper.

Oder unter dem Stichwort „MIZ“ eine Spende überweisen:

IBKA e.V.

Postbank Dortmund

IBAN DE95 4401 0046 0003 9204 63

BIC PBNKDEFF440

Mitglieder des IBKA können durch Anmeldung alle MIZ-Beiträge ohne Einschränkung online lesen und herunterladen.

www.miz-online.de

Impressum

MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit

Politisches Magazin für Konfessionslose
und AtheistINNeN

ISSN 0170-6748

Redaktion: Christoph Lammers (v.i.S.d.P.), Nicole Thies, Daniela Wakonigg, Frank Welker

Ständige Mitarbeiter/innen: Petra Bruns, Colin Goldner, Gerhard Rampp, Michael Schröter

Anschrift der Redaktion: MIZ-Redaktion,
Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560, Fax (06021) 62 62 569
redaktion@miz-online.de
www.miz-online.de

Meldungen für die Internationale Rundschau an:
Gerhard Rampp, rundschau@miz-online.de

Herausgeber: Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA e.V.), Limburger Str. 55, 53919 Weilerswist.

Verlag: Alibri Verlag GmbH

Druck: Druckhaus Stil, Stuttgart

Nachdruck und Vervielfältigung: Auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion und vollständiger Angabe von Nr./Jahr und Nennung des ungekürzten Titels dieser Zeitschrift.

LeserInnenbriefe sollten als solche gekennzeichnet werden; sie erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Kürzungen bleiben vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Manuskripte: Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Illustrationen und Datenträger keine Haftung. Sie werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Erscheinungsweise: vierteljährlich, jeweils April, Juli, Oktober und Januar.

Preis des Einzelheftes: Euro 5.- zuzüglich Porto.

Bezugspreis im Abonnement: Euro 18 (Inland), Euro 22 (Ausland), jeweils inkl. Porto u. Verpackung. Ein Abonnement umfasst vier Hefte; nach Ablauf verlängert es sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht vier Wochen nach Erscheinen der letzten im Abonnement enthaltenen Nummer schriftlich beim Alibri Verlag gekündigt wird. Für Mitglieder des IBKA ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

MIZ-Abonnement und Einzelbestellungen an:
Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg

Bankverbindung: Alibri Verlag GmbH, Sparkasse Aschaffenburg, Konto 1129 7868, (BLZ 795 500 00)

Frühere MIZ-Ausgaben

Viele ältere Nummern der MIZ sind noch lieferbar. Ob Sie nun die MIZ kennenlernen wollen, ihre Sammlung komplettieren oder einfach mal reinschauen, wie die Zeitschrift vor zehn oder zwanzig Jahren ausgesehen hat – Sie können sowohl einzelne Ausgaben als auch sortierte Pakete nachbestellen.

MIZ 1/20 Schwerpunktthema Bühne Kulturpolitik; außerdem: 100 Jahre Weltliche Schule * Evangelikale in Bremen * Istanbul-Konvention für alle

MIZ 4/19 Schwerpunktthema Auf den Spuren der Aufklärung; außerdem: Religiöse Speisevorschriften * Missbrauch mit dem Missbrauch * Beispielhafte Laizität in Quebec

MIZ 3/19 Schwerpunktthema Alltag, Religion und Kirche in der DDR; außerdem: Gilead ist überall – Margaret Atwoods Religionskritik * Hexenjagden in Ghana

MIZ 2/19 Schwerpunktthema Kirchentage – Ketzertage – Humanistentage; außerdem: Bündnis altrechtliche Staatsleistungen abschaffen * Rückblick auf die Buskampagne

MIZ 1/19 Schwerpunktthema Internationale Unterstützung für bengalische Blogger; außerdem: Ist das syrische Regime wirklich säkular? * Querfront gegen Säkularismus * Interview mit Kristina Hänel

MIZ 4/18 Schwerpunktthema 100 Jahre Waldorfschule; außerdem: Berliner Neutralitätsgesetz * Trennung von Staat und Kirche in Griechenland * Iran 40 Jahre nach der „Islamischen Revolution“

MIZ 3/18 Schwerpunktthema Revolution und Säkularismus; außerdem: Kirchlicher Missbrauch * Eingewipft * Kritik an #unteilbar

MIZ 2/18 Schwerpunktthema Der EuGH und das kirchliche Arbeitsrecht; außerdem: Nationalsozialismus und Gottgläubigkeit * Jupiter im laizistischen Staat

MIZ 1/18 Schwerpunktthema Vollverschleierung und Frauenrechte; außerdem: Berliner Neutralitätsgesetz * Genitale Selbstbestimmung * Säkulare Szene und Rackettheorie

MIZ 4/17 Schwerpunktthema Wunder, Heiler, Aberglauben; außerdem: Türkei unter Erdoğan * Die Verfolgung religiöser Organisationen in Nordkorea

MIZ 3/17 Schwerpunktthema „Mein Körper gehört...“; außerdem: Französische Sondergebiete * Luther & Müntzer

Einzelheft Euro 5.- (ab 1/14)
Probepaket (drei ältere Hefte) Euro 5.-
Schnuppern in den 90ern (5 Hefte) Euro 5.-
Schnuppern in den 80ern (5 Hefte) Euro 5.-
Schnuppern in den 70ern (10 Hefte) Euro 5.-



Horst Groschopp

Weltliche Schule und Lebenskunde

Dokumente und Texte zur Hundertjahrfeier ihrer praktischen Innovation 1920

Humanismusperspektiven | Bd. 8
292 Seiten | kartoniert | Euro 28.-
ISBN 978-3-86569-219-1

Mit freundlicher Empfehlung

Bund für Geistesfreiheit
Augsburg



Aktion:

Der bfg Augsburg übernimmt die Kirchengaustrittsgebühr für Schüler, Studenten und Geringverdiener in Bayern. - info@bfg-augsburg.org

Alibri

Forum für Utopie und Skepsis • www.alibri.de
Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560 • eMail verlag@alibri.de